

ZU DIESEM HEFT

Es dürfte kaum ernstlich zu bestreiten sein, daß die nach 1945 im Grenzlande einsetzende dänische Bewegung ihren wesentlichen Zustrom aus den unbemittelten Schichten unseres Volkes erhielt. Auch jetzt noch bildet die Arbeiterschaft den Kern der dänischen Minderheit.

Bei der Fragestellung nach den Ursachen kann man darum einer Überprüfung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse im Lande nicht aus dem Wege gehen. Erst ihre Neuordnung wird einer wirkungsvollen Kultur- und Volkstumsarbeit die rechte Grundlage schaffen.

Die jahrzehntelange Vernachlässigung des Grenzlandes, das wirtschaftliche und soziale Gefälle vom Norden nach dem Süden, die Randlage unseres Landes – vom deutschen Wirtschaftszentrum abseits gelegen – erfordern gebieterisch die Inangriffnahme umfassender Maßnahmen, deren Durchführung nicht nur einen allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwung mit sich bringen, sondern die Schaffung gesicherter Dauerexistenzen und gesunder Wohnverhältnisse für die Arbeiterschaft in sich schließen muß.

In diesem Heft werden nach einem einleitenden Aufsatz über die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Skandinavien in weiteren Beiträgen die allgemeinen Voraussetzungen für die gegenwärtige Lage und künftige Entwicklung in Gewerbe, Industrie und Landwirtschaft in unserem Lande dargestellt.

Mit kulturellen und sozialen Problemen unseres Grenzlandes werden sich die folgenden Grenzfriedenshefte befassen.

Jens Nydahl

GRENZ- FRIEDENS- HEFTE

ALS NEUE FOLGE
DER BRIEFE

Seite

<i>Prof. Dr. Fritz Baade, Kiel</i> Partnerschaft zwischen Skandinavien und Deutschland	105
<i>Stadtkämmerer Josef Strobel, Flensburg</i> Allgemeine wirtschaftliche Fragen Schleswig-Holsteins unter besonderer Berücksichtigung der Grenzverhältnisse	110
<i>Privatdozent Dr. phil. habil. Gottlieb Klauder, Kiel</i> Entwicklungsmöglichkeiten der schleswig-holsteinischen Landwirtschaft in der Europa-Wirtschaft	118
<i>Diplomlandwirt Peter Rasmussen, Apenrade</i> Landwirtschaftliche Zusammenarbeit über die Grenze.....	131
<i>Schulrat a. D. Detlef Hansen</i> Jahresbericht des Grenzfriedensbundes 1952/53	137

FRITZ BAADE, *Professor Dr.*, geboren am 23. Januar 1893 in Neuruppin, besuchte das Gymnasium in Schulpforta, Studium an den Universitäten Göttingen, Berlin, Heidelberg und Münster. 1922 Promotion zum Dr. rer. pol. an der Universität Göttingen. 1925 bis 1929 Leiter der Forschungsstelle für Wirtschaftspolitik Berlin, 1926 bis 1930 Mitglied des Enquetausschusses. 1929 Leiter der Reichsforschungsstelle für landwirtschaftliches Marktwesen in Berlin. November 1929 Reichskommissar bei der deutschen Getreidehandelsgesellschaft Berlin. Februar 1930 Vorsitzender der deutsch-polnischen Roggenkommission. 1930 bis 1933 Lehrbeauftragter an der Universität Berlin. 1930 Mitglied des Reichstages. 1933 aus sämtlichen Ämtern entfernt. 1935 bis 1939 Berater der türkischen Regierung für Fragen der landwirtschaftlichen Produktion und der Standardisierung des Agrarexports, 1938 bis 1939 Dozent an der landwirtschaftlichen Hochschule in Ankara. 1939 bis 1946 Wirtschaftsberater in der Türkei, 1946 bis 1948 Studienaufenthalt in USA. 1948 Ordinarius für Wirtschaftswissenschaften an der Universität Kiel, Direktor des Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Kiel. Mitglied des Bundestages. Senator der Europäischen Akademie. Mitglied des Exekutiv Ausschusses des deutschen Rates der Europäischen Bewegung.

JOSEF STROBEL, geb. 2.11.1913 in Ablach Kr. Sigmaringen. Nach Besuch der Volksschule von 1928 bis 1934 Gymnasium, Studium der Rechts- und Staatswissenschaft, jur. Vorbereitungsdienst bis 1941. Ab 1945 bis 1.1.1946 als wissenschaftlicher Hilfsarbeiter bei der Stadt Kiel, später städtischer Verwaltungsrat. Ab 1.4.1951 Stadtkämmerer bei der Stadt Flensburg.

GOTTLIEB KLAUDER, geb. 22. 5. 1893 in Rüllschau, Landkreis Flensburg. Fünf Jahre landwirtschaftliche Praxis in Angeln, Alsen und Sundewitt. Studium der Landwirtschaft in Kiel, Halle und Leipzig. 1920 Diplolandwirt in Kiel. 1923 Dr. phil. in Leipzig. 1935 Dr. phil. habil. in Leipzig. Nach dem Studium Assistent am Institut für landwirtschaftliche Betriebslehre in Leipzig, 1939 bis 1945 Referatsleiter für Landwirtschaft an der Forschungsstelle für Wehrwirtschaft in Berlin, 1943 bis 1945 zugleich am Institut für europäische Ernährungswirtschaft und Landbauforschung in Berlin. Seit 1949 Mitarbeiter am Institut für Weltwirtschaft in Kiel, zugleich Privatdozent für Agrarpolitik, insbesondere ländliche Soziologie an der Universität Kiel.

PETER RASMUSSEN, geb. 7.7.1901 in Solderup, Kreis Tondern. Abitur von der Oberrealschule II in Flensburg. Nach vierjähriger praktischer Ausbildung landwirtschaftliches Studium in Kiel, Prag und Kopenhagen; Diplolandwirt-Examen in Kiel. Am 1.1.1928 Leiter des Versuchsrings in Sonderburg, ab 1.3.1930 Geschäftsführer des „Landwirtschaftlichen Hauptvereins für Nordschleswig“ in Apenrade und Konsulent für die deutschen Bauern in Nordschleswig.

Partnerschaft zwischen Skandinavien und Deutschland

Zwischen den skandinavischen Ländern und Deutschland besteht eine so ausgezeichnete wirtschaftliche Ergänzung, daß es in der Weltwirtschaft wenig Beispiele einer so naturbedingten Partnerschaft geben dürfte. Diese gegenseitige Ergänzung geht so weit, daß jeder der beiden Partner nur gedeihen kann, wenn auch der andere wirtschaftlich gesund ist und wenn die normalen natürlichen Austauschbeziehungen zwischen beiden Partnern nicht verkrüppelt werden.

Dieser normale und gesunde Zustand der gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen war vor dem Zweiten Weltkrieg vorhanden. Im Jahre 1936 deckte Deutschland 22,2 v. H. der Einfuhr und 15,9 v. H. der Ausfuhr der fünf skandinavischen Länder: Island, Dänemark, Norwegen, Schweden und Finnland. Am höchsten war der deutsche Anteil an der Einfuhr Dänemarks und Schwedens (26,1 bzw. 23,7 v.H.). Deutschlands Anteil an der Deckung des skandinavischen Einfuhrbedarfs an „typischen deutschen Industrieprodukten“ war noch viel höher: im Falle Dänemarks kamen 62 v. H. der eingeführten Chemikalien, 61 v. H. der Eisen- und Stahlhalbfabrikate und 57 v. H. der Maschinen aus Deutschland. Bei den gleichen Produkten deckte Deutschland auch einen sehr hohen Anteil des Einfuhrbedarfs der übrigen skandinavischen Länder.

Bezüglich der Bezahlung dieser Einfuhr hatten die skandinavischen Länder keine Probleme. Sie bezahlten diese Importe mit ihren traditionellen Exportprodukten: mit Holz und Zellstoff, mit Eiern und Fisch, mit Butter und Käse und zu einem Teil (Schweden) mit Eisenerzen. Das alles sind Produkte, für die es in den skandinavischen Ländern in normalen Zeiten nur zwei große Absatzmärkte gibt: England und Deutschland.

Als diese natürlichen Austauschbeziehungen zwischen den skandinavischen Ländern und Deutschland in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg unterbrochen wurden, war dies für beide Partner wirtschaftlich katastrophal. Deutschland war lebensgefährlich krank. Seine Industrie war im Kriege zerbombt, sein Gebiet durch den Eisernen Vorhang in zwei Teile zerschnitten, und in Westdeutschland wurde die industrielle Produktion durch die Morgenthaupolitik und die Demontage noch künstlich verkrüppelt. Dieser schwere Krankheitszustand des einen Partners war auch für die skandinavischen Länder sehr schmerzlich.

In den Jahren 1946, 1947 und 1948 war der Außenhandel Deutschlands mit den skandinavischen Ländern fast gleich Null. Noch im Jahre 1949 betrug die Ausfuhr

Deutschlands (Bund) nach allen skandinavischen Ländern zusammen nur 397,1 Millionen DM gegenüber einer Vorkriegsausfuhr (Reich 1936) von 562,2 Millionen RM. Unter Berücksichtigung der gestiegenen Preise betrug das Volumen der deutschen Ausfuhr nach den skandinavischen Ländern nur den vierten Teil des Vorkriegsvolumens. Die Einfuhren Deutschlands aus den skandinavischen Ländern waren zwar mit 643,8 Millionen DM nominell etwas höher als im Jahre 1936 (485,6 Millionen RM), unter Berücksichtigung der Preissteigerung bedeutete aber auch dies volumenmäßig eine starke Schrumpfung.

Es zeigte sich, daß England in keiner Weise imstande war, den deutschen Partner zu ersetzen, und zwar weder als Käufer noch als Lieferant. So stieg beispielsweise der Anteil Großbritanniens an der Belieferung Norwegens nur von 16,9 v. H. im Jahre 1939 auf 18,4 v. H. im Jahre 1948. In Dänemark ging er von 34,6 v. H. im Jahre 1938 auf 26 v. H. im Jahre 1948 zurück. Im Fall Schweden war der englische Anteil an den Importen im Jahre 1946 auf 14,3 v. H. gegenüber 18,1 v. H. im Jahre 1939 abgesunken, und im Jahre 1949 stieg er auf 17,2 v. H., d. h. etwa auf den Vorkriegsanteil.

Deutlicher kann es kaum gezeigt werden, daß die skandinavischen Länder, um wirtschaftlich voll gesund zu sein, die beiden großen Partner im Industrie-Europa brauchen: England und Deutschland.

Für eine Anzahl von Industrieerzeugnissen haben die skandinavischen Länder während der Zeit der Drosselung der deutschen Industrie und der Behinderung des deutschen Exports von Industrieprodukten einen gewissen Ersatz durch englische Lieferungen erhalten können, für den Großteil ihres Bedarfs aber konnten sie einen Ersatz nur bei einem einzigen Lieferanten finden: bei den Vereinigten Staaten von Amerika. Da die Vereinigten Staaten aber die wichtigsten Exportprodukte dieser Länder normalerweise nur in sehr geringem Umfang und teilweise überhaupt nicht kaufen, konnten diese Lieferungen amerikanischer Produkte nicht aus dem Ausfuhrerlös bezahlt werden. Teilweise erfolgte die Bezahlung dadurch, daß im Weltkrieg angesammelte Devisenreserven für den Kauf amerikanischer Produkte aufgebraucht wurden, wie das insbesondere im Falle Schwedens in den ersten Jahren nach dem Krieg der Fall war. In großem Umfang aber wurden die Produkte nicht bezahlt, sondern sie mußten von den USA kreditiert oder geschenkt werden. Das Dollardefizit der skandinavischen Länder war zu einem nicht geringen Teil nichts anderes als die natürliche Konsequenz der Drosselung der industriellen Tätigkeit ihres wichtigsten industriellen Handelspartners, nämlich Deutschlands.

In dem Maße, in welchem der deutsche Partner dann wieder gesund wurde, stieg in den Jahren von 1949 bis 1952 der deutsche Außenhandel mit den skandinavischen Ländern. In den gleichen Jahren aber verschwand bei ihnen auch die Krankheit des chronischen Dollardefizits.

Die Überwindung des Dollardefizits in den skandinavischen Ländern ist in erster Linie ein Ergebnis ihres eigenen Wirtschaftsaufbaues. Die Wiederingangsetzung ihres normalen Wirtschaftsaustausches mit Deutschland hat aber ebenfalls hieran einen wesentlichen Anteil. Die deutschen Ausfuhren nach Skandinavien stiegen von 397,1 Millionen DM im Jahre 1949 auf 1079,3 Millionen DM im Jahre 1950, weiter auf 2042,2 Millionen DM im Jahre 1951 und schließlich auf 2673,6 Millionen DM im Jahre 1952. Damit haben die Ausfuhren aus Westdeutschland volumenmäßig weit mehr als das Doppelte der Vorkriegsausfuhren des gesamten Deutschen Reichs nach den skandinavischen Ländern erreicht. Im Verkehr mit Dänemark ist in der Periode von 1949 bis 1952 sogar eine Verzehnfachung der deutschen Exporte erzielt worden, nämlich von 62,3 Millionen DM auf 630,3 Millionen DM. Auch die Einfuhren Deutschlands aus den skandinavischen Ländern stiegen sehr stark, nämlich von 643,8 Millionen DM im Jahre 1949 auf 2011,7 Millionen DM im Jahre 1952. Da die Steigerung der Ausfuhren Deutschlands nach den skandinavischen Ländern aber weit über diese Steigerung der Einfuhren Deutschlands hinausging, stellte sich wieder ein erheblicher Ausfuhrüberschuß ein, was auch der Situation in der Vorkriegszeit entspricht.

Diese Steigerung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den skandinavischen Ländern und Deutschland ist in erster Linie eine Folge des Wiederingankommens der deutschen Industrie und der deutschen Leistungskraft. Seit dem Jahre 1951 hat aber insbesondere auch die Politik der Liberalisierung und die Europäische Zahlungs-Union daran einen starken Anteil. Die einzelnen skandinavischen Länder brauchen sich um die Bezahlung des deutschen Einfuhrüberschusses keine Sorgen zu machen; der Ausgleich erfolgt teils über ihre Dienstleistungsbilanz, teils im multilateralen clearing über die EZU.

Man kann die Frage aufwerfen, ob mit den Umsatzziffern des Jahres 1952 das Maximum des Wirtschaftsaustausches zwischen den skandinavischen Ländern und Deutschland erreicht ist. Der Anteil Deutschlands am Außenhandel der skandinavischen Länder lag in diesem Jahre noch immer weit unter dem der Vorkriegszeit. Er betrug 14,6 v. H. an der Einfuhr gegenüber 22,2 v. H. im Jahre 1936 und 10,5 v. H. an der Ausfuhr gegenüber 15,9 v. H. in der Vorkriegszeit. In Dänemark erreichte Deutschland im Jahre 1952 mit 13,5 v. H. der dänischen Einfuhr sogar erst die Hälfte des Vorkriegsanteils.

Diese Tatsache scheint dafür zu sprechen, daß der Gesamtgüteraustausch zwischen den skandinavischen Ländern und Deutschland noch sehr gesteigert werden kann. Untersucht man aber die einzelnen Posten dieses Güteraustausches, so kann man zu einer skeptischeren Auffassung kommen. Ministerialrat Dr. von Lupin hat in einer sehr instruktiven Studie über den deutschen Handel mit Skandinavien (Beilage zu den Mitteilungen der Bundesauskunftsstelle für den Außenhandel Nr. 11 vom 4.3.1953) die Meinung

vertreten, daß „die Einfuhr aus den skandinavischen Ländern sich dem Werte nach vermutlich nicht erhöhen, vielleicht vielmehr etwas absinken wird, wenn auch die Mengen bei den Rohstoffen und Halbwaren im großen und ganzen die alten bleiben werden.“ Er glaubt, daß wir im allgemeinen damit rechnen müssen, „daß auch in der Ausfuhr das Vorjahresultat nicht überschritten wird“.

Dieses Urteil dürfte bei dem heutigen Stande der wirtschaftlichen Integration in Europa wohl zutreffend sein. Man muß aber bedenken, daß wir keineswegs gezwungen sind, den heute ungenügenden Grad der europäischen Integration als unabänderlich hinzunehmen. Es wurde oben schon erwähnt, wie sehr die Politik der Liberalisierung und die erfolgreiche Überwindung aller Schwierigkeiten bei der EZU dazu geführt haben, daß die deutschen Ausfuhr nach den skandinavischen Ländern geradezu sprunghaft nach oben gehen. Dr. v. Lupin weist selber auf diesen Faktor hin und zeigt, daß aus diesem Grunde im Jahre 1951 um 90 v. H. mehr deutsche Waren nach Skandinavien ausgeführt wurden als im Vorjahre und daß im Jahre 1952 nochmals eine Steigerung um 31 v. H. erfolgte.

Wenn eine unvollkommene Liberalisierung und ein noch keineswegs vollkommenes Funktionieren der Europäischen Zahlungs-Union bereits diese günstigen Wirkungen hatten, so müßte eine 100prozentige Liberalisierung, verbunden mit einer 100prozentigen Transferierbarkeit der europäischen Währungen gegeneinander und etwa gar mit einem innereuropäischen Zollabbau auf die Wirtschaftsintegration in Europa allgemein, insbesondere aber auch auf die Partnerschaft zwischen Deutschland und den skandinavischen Ländern die allergünstigsten Wirkungen ausüben. Natürlich stehen einer solchen kühnen Politik Gruppeninteressen gegenüber: landwirtschaftliche Gruppeninteressen in Deutschland und industrielle Gruppeninteressen in manchen skandinavischen Ländern. Der Rückblick auf die bisherige Entwicklung des wirtschaftlichen Austauschs zwischen den skandinavischen Ländern und Deutschland zeigt aber deutlicher als alles andere, daß Mut im Abbau von Handelsschranken sich lohnt, insbesondere, wenn es sich um den Abbau von Handelsschranken zwischen Ländern mit günstiger natürlicher Ergänzungsmöglichkeit handelt. Mögen auch vorübergehend für einzelne Wirtschaftszweige Schwierigkeiten auftreten – im Endeffekt aber erfolgt in allen Ländern eine Steigerung des Sozialprodukts und der Massenkaukraft. Die deutsche Landwirtschaft wird selbst bei völliger Liberalisierung der agrarischen Einfuhren aus den skandinavischen Ländern und bei weitgehender Beseitigung der Zölle auf dem deutschen Markt nichts verlieren, wenn man dafür sorgt, daß die Kaufkraft der deutschen Verbraucher für Agrarprodukte durch eine Steigerung des industriellen Exportvolumens und der Produktivität der Arbeit in der Industrie kräftig gesteigert wird.

Das gleiche gilt von den Industriezweigen in den skandinavischen Ländern, die sich durch solch ein kühnes Programm des Abbaus der Handelsschranken

geschädigt fühlen könnten. Auf die Dauer kann auch die Industrie in den skandinavischen Ländern durch die Schaffung eines einheitlichen großen Marktgebietes nur gewinnen.

Als in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen das Gegeneinander der Länder auf dem Balkan seinen Höhepunkt erreicht hatte, und als das Wort „Balkanisierung“ geradezu das Schlagwort für einen Zustand der Zerrissenheit, des Durcheinanders und des Gegeneinanders geworden war, prägte ein geistvoller Journalist den Ausdruck, daß der Balkan durch „Skandinavisierung“ gerettet werden könnte, d. h. durch Schaffung von Beziehungen, wie sie zwischen den skandinavischen Ländern in so vorbildlicher Weise bestehen. Nun, aus einer Skandinavisierung der Balkanländer ist zu ihrem größten Schaden nichts geworden. Aber unser kurzer Rückblick auf die Partnerschaft zwischen den skandinavischen Ländern und Deutschland hat uns gezeigt, wie segensreich eine Skandinavisierung Europas werden kann.

Allgemeine wirtschaftliche Fragen Schleswig-Holsteins

unter besonderer Berücksichtigung der Grenzverhältnisse

Die wirtschaftlichen Verhältnisse eines Landes, ihre geschichtliche Entwicklung, gegenwärtige Situation und mutmaßliche künftige Entwicklung im Rahmen eines Aufsatzes eingehend darzustellen, ist um so weniger möglich, als gerade die Wirtschaft Schleswig-Holsteins trotz ihres im ganzen gesehen verhältnismäßig geringen Beitrages zur deutschen Wirtschaftskraft insbesondere im gegenwärtigen Zeitpunkt eine vielschichtige, von mancherlei beweglichen Faktoren abhängige Vielseitigkeit aufweist. Eine umfassende, alle Details beschreibende Darstellung geht über das Vorhaben dieser Zeilen hinaus, die lediglich eine Skizze bilden wollen, dazu bestimmt, die Aufmerksamkeit auf Fragen hinzulenken, die für die Zukunft des Landes und der Menschen, die in ihm leben, von lebenswichtiger Bedeutung sind.

Es handelt sich um keine geringere Frage als darum, ob es gelingt oder gelingen kann, die wirtschaftlichen Verhältnisse auf einem politisch und sozial außerordentlich gefährdeten Gebiet derart zu gestalten, daß das Gefühl des Vertrauens in die Stabilität der Dinge mehr und mehr an Boden gewinnen kann.

Um die gegenwärtige Lage der Wirtschaft des Landes Schleswig-Holstein in großen Zügen beurteilen zu können, erscheint zunächst ein Blick in die Vergangenheit erforderlich, die uns über die bisher für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes bestimmenden Faktoren aufzuklären vermag. Denn eine Deutung der Gegenwart und ihrer Probleme scheint mir auf die Betrachtung der in der Vergangenheit wirksamen Kräfte jedenfalls dann nicht verzichten zu können, wenn man nicht in einem luftleeren Raum schweben will.

Das bedeutendste Faktum in der Vergangenheit bildet in der wirtschaftlichen Sphäre des Landes ohne Zweifel der Umstand, daß der Anschluß Schleswig-Holsteins an die Industrialisierung um die Mitte des vergangenen Jahrhunderts nicht gelungen ist.

Es kann hier nicht der Raum sein, die Ursachen hierfür im einzelnen zu ergründen. Auch geht es über den Rahmen eines solchen Aufsatzes hinaus, die Frage zu untersuchen, warum und weshalb in Schleswig-Holstein, im Gegensatz etwa zu anderen von den Rohstoffzentren Deutschlands ebenso weit entfernt liegenden Teilen Deutschlands, der Übergang von der vorwiegend agrarisch orientierten zur industriellen Wirtschaft nicht gelungen ist. Es liegt auf der Hand, daß in erster Linie

der Mangel an ausreichenden Rohstoffen (Kohle, Erze, Wasserkraft) hierfür eine entscheidende Rolle gespielt hat. Die Ölläger im westlichen Teil des Landes haben erst im Zusammenhang mit dem durch die Motorisierung gestiegenen Bedarf an Bedeutung gewonnen. Auch der – verhältnismäßig bescheidene – Bedarf des Landes an Industriegütern – 1867 hatte das Land eine Bevölkerung von 1 031 696 Einwohnern –, der in manchen anderen Teilen Deutschlands den Übergang von der Agrar- zur Industriegewirtschaft auch dann begünstigte, wenn, wie beispielsweise im Südwesten Deutschlands, ebenfalls Rohstoffe nicht vorhanden waren, dürfte mit verantwortlich dafür sein, daß eine ins Gewicht fallende neue Orientierung nicht zustande kam. Daneben hat auch die große Transportferne, jedenfalls für die Güter, die nach dem damaligen Stand von Wirtschaft und Handel vorwiegend für den innerdeutschen Absatz in Frage kamen, hemmend gewirkt. Ob im übrigen auch psychologische Hemmungen einer Umstellung hindernd im Wege standen, ist eine Frage, die im kurzen hier nicht beantwortet werden kann. Schließlich dürfte auch die in der Mitte des vorigen Jahrhunderts besonders akzentuierte politische Lage im Lande die Errichtung größerer gewerblicher oder Industriebetriebe und ihre Erweiterung nicht gerade gefördert haben.

Wenn dennoch auf gewissen Teilgebieten der Wirtschaft, so besonders im Bereich der Schifffahrt, der Brennereien, der Papier- und Maschinenindustrie, eine nicht unbedeutende Steigerung und Entwicklung der Produktion erreicht wurde, so ist dies nicht zuletzt dem unternehmungsfreudigen und tatkräftigen Handwerker- und Unternehmerstand, dem Handel und Großhandel zu verdanken.

Erst gegen Ende des vergangenen Jahrhunderts hat sich das Bild verschoben. Denn während bis dahin nahezu fast die Hälfte der Bevölkerung – Erwerbspersonen – (44,3%) noch in der Landwirtschaft tätig gewesen war, ging der Anteil der in der Landwirtschaft tätigen um die Jahrhundertwende auf weniger als ein Drittel (29,6%) zurück, während der Anteil der in Industrie und Handwerk, im Handel und Verkehr tätigen sich von rund 42% auf 51% steigerte. Diese Steigerung war freilich in ihrer Ursache zu einem großen Teil auf den militärischen und halb-militärischen Bedarf (Kriegsmarine-Aufbau) zurückzuführen und blieb weit hinter dem Grad des Ausbaues der Wirtschaft in vielen anderen Gebieten Deutschlands, insbesondere im Westen und Südwesten, zurück.

Begünstigt wurde in dieser Zeit die Weiterentwicklung durch bedeutende Verbesserungen der Verkehrsverbindungen innerhalb des Landes und der Anschlüsse nach Süden und Norden. Daß hierfür die aus dem Lande aufkommenden finanziellen Mittel bei weitem nicht ausreichten, bedarf angesichts der gerade für die Herstellung von Eisenbahn-Verkehrsverbindungen erforderlichen hohen Investitionssummen keiner besonderen Begründung. Es war im wesentlichen der Preußische Staat, der die Entwicklung der Verkehrswege im Lande förderte, und zwar so, daß Schleswig-Holstein unter den Provinzen

Preußens von der 9. Stelle (1882/83) bis zum Jahre 1897 an die 7. Stelle aufrückte. Noch deutlicher wird der Fortschritt, wenn man einen Vergleich der Dichte des Eisenbahnnetzes des Landes mit dem damaligen Preußen und dem Reich anstellt. Das Ergebnis ist etwa folgendes: Auf 100 000 Einwohner kamen 1880 im Reich *84,4 km* Schienenstrang, in Preußen *83,9 km* und in Schleswig-Holstein *104,8 km*, d. h. rund 24% mehr als im Reich und in Preußen. (Vgl. „Festschrift für Otto Scheel“, Beiträge zur deutsch-germanischen Geschichte, 1952, Archivrat Dr. Hahn, S. 207 bis 214.)

Welche Bedeutung dem ausreichenden Ausbau der Verkehrswege für die Entwicklung der Wirtschaft eines Landes zukommt, erhellt insbesondere aus der Steigerung der Bevölkerung derjenigen Gebietsteile, die von dem um die Jahrhundertwende errichteten Nord-Ostsee-Kanal berührt worden sind. Zwar haben sich, vor allem für Kiel, die dort an den Bau des Kanals geknüpften Hoffnungen und Erwartungen, Kiel werde damit zu einem Nordsee-Hafen werden, als trügerisch erwiesen. Die Gründe dafür im einzelnen anzuführen, kann hier nicht der Raum sein. Immerhin beweist allein ein Blick auf die Entwicklung der Bevölkerungsziffer der wichtigsten Orte am Kanal die Rolle dieses Verkehrsweges:

	<i>Kiel</i>	<i>Rendsburg</i>	<i>Brunsbüttelkoog</i>		<i>Flensburg</i>	<i>Neumünster</i>
1803	7 075	7 573			10 666	2 588
1845	13 572	10 338			13 443	4 705
1855	16 274	11 782			18 872	6 036
1871	31 764	11 521	859		21 321	8 628
1890	69 172	13 195	(1895) 2507		36 894	(1885) 13 684
1900	107 977	14 757	(1905) 4409		48 922	(1892) 22 392
1910	211 627	17 314	5684		60 922	(1905) 31 439 (1914) 38 001
1939	261 298	21 514	5425		68 042	51 639

Daraus erhellt, daß die von den Verkehrsverbindungen am meisten begünstigten Städte Kiel und Brunsbüttelkoog im Laufe der 107 bzw. 39 Jahre (1803 bis 1910 bzw. 1871 bis 1910) ihre Bevölkerung um das 30fache bzw. 7fache vergrößert haben. Neumünster hat in weniger als 1½ Jahrhunderten seine Bevölkerungszahl verzwanzigfacht. Daß dies nicht allein auf die Verkehrsverbindungen zurückzuführen ist, bedarf keines besonderen Hinweises. Immerhin hat die Gunst der Verkehrslage unzweifelhaft in großem Maße mit dazu beigetragen.

Der Vorsprung vieler anderer Gebiete Deutschlands ist dadurch zwar gemildert, aber nicht aufgeholt worden, wiewohl der Eintritt Schleswig-Holsteins in einen größeren Wirtschaftsraum – freilich unter Aufgabe wertvoller alter nordischer Handelsbeziehungen – der Wirtschaft des Landes einen großen, zum Teil sogar stürmischen Auftrieb gab. So ist z. B. die Handelsflotte Flensburgs, die noch im Jahre 1873 an 26. Stelle gestanden hatte, bis zum Jahre 1910 auf den ersten Platz der deutschen Ostseehäfen und auf den 3. Platz der deutschen Seehäfen aufgerückt.

Der Bestand an Nettoregistertonnen belief sich im Jahre 1910 auf 74 700 t. Eine ähnliche Entwicklung nahmen im Flensburger Raum die Spiritbrennerei und die Maschinen-Industrie.

Der Ausgang des ersten Weltkrieges brachte neben anderen schwerwiegenden Schäden dem Lande die Abtretung Nordschleswigs, eines Gebietes mit rund 4000 qkm Fläche und einer Einwohnerzahl von rund 166 000. Die auf die Versorgung Nordschleswigs angewiesenen gewerblichen und industriellen Betriebe des Landes wurden hierdurch in um so größere Bedrängnis gebracht, als diese nun gezwungen wurden, im Süden den Absatz für ihre Produkte zu suchen. Das brachte gegenüber bisher erhebliche einschneidende Veränderungen. Denn die Transportferne Schleswig-Holsteins vom wirtschaftlichen Kerngebiet Deutschlands brachte (und bringt es auch heute noch) mit sich, daß die Betriebe in Schleswig-Holstein mit doppelten Transportkosten zu rechnen haben, wenn sie nach dem Süden, mit *einfachen* Transportkosten, wenn sie nach dem Norden für ihre Produkte Absatz finden. Handel und Großhandel, insbesondere, soweit sie in Flensburg ansässig waren, erlitten schwerste Einbußen. Eine Denkschrift des Magistrats der Stadt Flensburg vom März 1928, „Flensburgs wirtschaftliche und finanzielle Notlage nach der Abtretung Nordschleswigs“, führt darüber bittere Klage und kommt zu folgendem Ergebnis:

„Der nach dem abgetretenen Gebiet gerichtete Absatz war der gewinnbringendste und konnte mit den aus diesem Absatz erzielten Überschüssen das Geschäft nach dem Süden, Osten und Westen finanziert werden. Es ist deshalb selbstverständlich, daß der Fortfall dieser Gewinne eine Minderung in der Konkurrenzfähigkeit des noch verbliebenen Geschäfts bedeutet. Das trifft nicht nur auf den Handel zu, der insbesondere unter der Konkurrenz Hamburgs zu leiden hat, sondern auch auf die Industrie, bei der zudem noch der nach dem Kriege einsetzende Konzentrationsprozeß sich ganz besonders bemerkbar machte. Das Wesen dieses Konzentrationsprozesses ist, daß alle diejenigen Werke, welche eine Rationalisierung nicht mitmachen können, weil sie durch unrentable Unkosten, wie z. B. unnütze Transportkosten, vorbelastet sind, oder weil sie einen zu geringen Absatz haben,

ausgeschieden werden. Insbesondere dieser Ausfall an Absatz erklärt das in den letzten Jahren zu beobachtende Zusammenbrechen größerer Industrieunternehmungen, das also nicht lediglich auf die Reinigungskrise der deutschen Volkswirtschaft zurückgeführt werden darf. Solche Zusammenbrüche liegen beispielsweise vor in der Schokoladen-, Öl-, Leder- und Metallindustrie (schätzungsweise sind hierdurch etwa 1000 Arbeiter erwerbslos geworden).“

Aber auch das übrige Land hatte unter den Folgen des ersten Weltkrieges zu leiden, wenn auch nicht in diesem schwerwiegenden Ausmaße.

Die Not des ersten Weltkrieges war noch nicht überwunden, als der zweite Weltkrieg mit seinen verheerenden Folgen über das Land hereinbrach. Schleswig-Holstein, bis dahin Mitglied in zwei großen Gebiets-Verbänden – nämlich Preußen und Reich –, blieb zwar mit seiner gesamten gebietlichen Substanz im Verband des deutschen Staatswesens, aber als ein unmittelbares Glied, als selbständiger Staat. So wünschenswert diese staatsrechtliche Situation aus den verschiedensten geschichtlichen, ethnologischen und sonstigen Gründen sein mag, so birgt sie doch schwere wirtschaftliche Probleme, deren Lösung der vereinten Anstrengung aller Potenzen des staatlichen und wirtschaftlichen deutschen Lebens bedarf. Denn die Vergangenheit seit der Bildung der Bundesrepublik hat trotz vieler aner kennenswerter Opfer der übrigen Länder der Bundesrepublik doch gezeigt, daß in vielen für das Land Schleswig-Holstein wirtschaftlich entscheidenden Fragen der „Länderkirchturm“ große Nachteile mit sich bringt. Das Fehlen gebietlich ausreichend dotierter, mit der für eine staatliche Existenz (nicht Not-Existenz) genügenden Wirtschafts- und Finanzkraft ausgestatteter Länder, insbesondere im norddeutschen Raum, bringt dem Lande größeren Schaden als – wenn das Land dazu in der Lage wäre – der Verzicht auf eine eigene staatliche Existenz. Denn: Im Zeitalter des Übergewichts des Staates auf fast allen Gebieten bleibt auch für die Entwicklung der Wirtschaft in den einzelnen Teilen des Landes entscheidend der Umfang des Einsatzes der direkten oder indirekten staatlichen Mittel.

Denken wir nur an das auch heute für die Entwicklung der Wirtschaft so bedeutungsvolle Verkehrswesen.

Ohne staatliche Mittel, und zwar in beachtlichem Umfange, ist auch ein nur bescheidener Ausbau des im Lande vorhandenen Straßennetzes nicht denkbar. Ein besonderes Sorgenkind bildet hier offensichtlich die völlig unzureichende Nord-Süd-Verbindung, die auch nach Inbetriebnahme der Fährverbindungen nach dem Norden besonders in den Sommermonaten eine schlechthin nicht mehr zu bewältigende Fernverkehrslast zu tragen hat. Nicht viel anders liegen die Dinge hinsichtlich des verkehrsmäßigen Anschlusses von Kiel, während Lübeck immerhin mit Hamburg durch eine Autobahn verbunden ist. Was hier not tut, und

zwar im Interesse der dringend gebotenen Erleichterung des Verkehrs, ist ein großzügiger Ausbau der Verkehrswege. Ohne einen intensiven Ausbau der Verkehrswege nach modernen Erfordernissen erscheint es auch für die Zukunft nahezu ausgeschlossen, die Konkurrenzfähigkeit der gewerblichen und Industriebetriebe im Lande aufrecht zu erhalten, und zwar einfach, weil die Transportkosten mit jedem km schlechter Straßen höher werden. Gerade diese aber bilden für die im Lande ansässigen Betriebe, wie die Denkschrift des Flensburger Magistrats für den Flensburger Raum beweist, eine sehr empfindliche Last.

Ohne staatliche Mittel ist bei der heutigen Steuergesetzgebung auch die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze, die angesichts der überdurchschnittlich hohen Arbeitslosigkeit im Lande, hervorgerufen insbesondere durch Vernichtung von mehr als 30 000 Arbeitsplätzen durch Luftangriffe und Demontage, nicht erfolgversprechend. Daß hier von Land und Bund viel geleistet worden ist, aber noch viel zu tun bleibt, ist bekannt. Die Voraussetzungen auf seiten des Arbeitsmarktes dürften in keinem Lande der Bundesrepublik so günstig liegen wie gerade in Schleswig-Holstein. Denn mit der großen Zahl der Vertriebenen kamen auch viele Fachkräfte ins Land, die, wenn im rechten Augenblick die erforderlichen Mittel hätten eingesetzt werden können, sehr wohl eine solide Grundlage für die Neubildung gewerblicher und industrieller Betriebe hätten bilden können.

Nach dem Statistischen Handbuch für Schleswig-Holstein von 1951, Seite 65, belief sich die Zahl der Gesamtbevölkerung im Lande am 1.1.1950 auf 2 680 510, darunter 1 151 396 Vertriebene und Evakuierte. Die Vertriebenen und Evakuierten wiesen mit Stand vom Dezember 1948/Januar 1949 allein 413 765 berufstätige Personen aus, darunter

- 106 645 Angehörige der Berufe des Pflanzenbaues und der Tierwirtschaft,
- 95 362 Angehörige der Berufe der Stoffherzeugung,
- 9 897 Angehörige der technischen Berufe und
- 81 549 Angehörige der Berufe der Güterverteilung und des Verkehrs.

Im Jahre 1950 haben allein 28 868 Erwerbspersonen (Vertriebene), darunter 11 629 Angehörige der industriellen und handwerklichen Berufe, das Land verlassen. Im Jahre 1951 waren es wiederum 15 930, darunter 6510 Angehörige der industriellen und handwerklichen Berufe. Dabei verhielt sich die Zahl der Erwerbspersonen zur Gesamtzahl der Umsiedler wie folgt:

$$1950: 115\,947 \text{ zu } 28\,868 = 3 : 1$$

$$1951: 179\,873 \text{ zu } 15\,930 = 4 : 1.$$

Im gleichen Zeitraum verließen weitere 55 457 (1950) und 58 007 (1951) Einheimische das Land.

Es ist klar, daß dem wirtschaftlichen Ausbau des Landes Grenzen gesetzt sind, vor allem ökonomische. Die Schaffung neuer Betriebe setzt selbstverständlich

voraus, daß sie nach ihrer Ingangsetzung wirtschaftlich auf eigenen Beinen stehen, d. h. auch in Zeiten wirtschaftlicher Depression fest bleiben. Hier spielt die Transportferne eine unter Umständen einschneidende Rolle. In Frage kommen also wohl im wesentlichen nur solche Betriebe, deren Produkte gewissermaßen die Transportkosten tragen können, d. h. also hochgradige Veredelungsbetriebe, und insbesondere solche Betriebe, die hinsichtlich des Bezuges ihrer Rohstoffe und des Absatzes ihrer Produkte eine ausreichend sichergestellte Orientierung nach dem Norden hin haben. Hier bestehen echte Chancen, während überall da, wo die gewerblichen und industriellen Betriebe im Lande mit *doppelten* Transportkosten belastet sind, die Stabilität dieser Betriebe großen Belastungen nicht ausgesetzt sein darf.

Das Gebot der wirtschaftlich gleichen Chance aller Teile des Bundesgebietes erfordert es, daß dem Randgebiet Schleswig-Holstein hier mit wesentlich größeren Tarifierleichterungen geholfen wird.

Daneben scheint mir aber vor allem vonnöten zu sein, daß die gewerbliche und industrielle Wirtschaft des Landes ausreichendes Kapital erhält. Es hängt hier viel davon ab, ob es in Zukunft gelingt, nicht nur das im Lande an Spargroschen, Mitgliedsbeiträgen usw. etwa aufgebrauchte Sparkapital für die Wirtschaft des Landes zu tragbaren Bedingungen nutzbar zu machen, sondern auch das Interesse für die Anlegung von Kapitalien von außerhalb des Landes zu wecken; oder ob, wie es in der Vergangenheit leider gelegentlich beobachtet werden konnte, selbst das im Lande angesparte Geld nach außerhalb des Landes abfließt. Die Einsetzung großer finanzieller Mittel für den Wohnungsbau ist nicht weniger nötig, wenn neben der Beseitigung menschenunwürdigen Wohnungselends arbeitsfähige und arbeitsfreudige Fachkräfte dem Lande und seiner Wirtschaft erhalten bleiben sollen. Der Föderalismus der Bundesrepublik bringt auch hier große Gefahren mit sich. Es braucht nur an die im Zusammenhang mit der Umsiedlung vielfach diskutierten Probleme der Verteilung der Wohnungsbaumittel erinnert werden.

Nicht selten scheidet erfahrungsgemäß die Heranziehung geeigneter Kräfte für den gewerblichen und industriellen Sektor gerade an der Unmöglichkeit, entsprechenden Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Daß hier freilich mit großer Vorsicht vorangegangen werden muß, versteht sich von selbst, zumal, da auch diese Mittel bisher zum größten Teil vom Steuerzahler stammen.

Zusammengefaßt: Es bedarf des Zusammenwirkens aller verantwortlichen öffentlichen Stellen und der Mitwirkung jedes einzelnen, wenn es gelingen soll, der Wirtschaft des Landes mehr und mehr eine stabile Grundlage zu geben und sie zu dem zu machen, was sie in einem größeren europäischen Wirtschaftsraum darstellen muß. Hier erst wird das Land, als Brücke zum Norden, seine ursprünglichen, von der Natur gegebenen Funktionen wieder aufnehmen können.

Die Bedingungen für die Wirtschaft des Landes würden dadurch eine wesentliche Verbesserung und Verbreiterung erfahren können.

Entwicklungsmöglichkeiten der schleswig-holsteinischen Landwirtschaft in der Europa-Wirtschaft

Ein Zusammenschluß der einzelnen Länder Westeuropas zu einem einheitlichen Wirtschaftskörper zwingt die Beteiligten, ihre gesamte Wirtschaft dieser Konzeption anzupassen. Das geschieht heute bereits in der Montanunion. Die Ansätze zu einer Agrarunion, die besonders die Landwirtschaft angeht, sind im Fortschreiten. Dadurch wird der jetzt in vielen europäischen Ländern herrschende Agrarprotektionismus gestört. Ein ungehinderter Warenverkehr mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen innerhalb Europas würde die gegenwärtige Erzeugungsweise der Landwirtschaft beeinflussen und in einzelnen Ländern Strukturänderungen hervorrufen. Schon jetzt fühlt sich die deutsche Landwirtschaft oft durch Gemüseimporte aus Holland und Italien benachteiligt. Ein weitschauender Landwirt wird sich daher die Frage vorlegen, wie er seinen Betrieb führen muß, wenn die europäische Agrarunion Tatsache wird. Die heutige Agrarpolitik der Länder muß so ausgerichtet werden, daß der Übergang in einen europäischen Markt für die Landwirte möglichst ohne nachteilige Folgen sein wird. Diese Überlegungen gehen Schleswig-Holstein ganz besonders an, weil die Landwirtschaft eine seiner wichtigsten Erwerbsquellen ist und sie zum großen Teil die industriellen Gebiete des Bundesgebietes mit ihren Erzeugnissen versorgt. Wenn in Schleswig-Holstein nur 24,5 v. H. der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft beschäftigt sind gegenüber 32 v. H. in Handwerk und Industrie, so lebt doch ein großer Teil der gewerblichen Bevölkerung von der Landwirtschaft, und ein Einnahmeausfall der Bauern wirkt sich ungünstig für das ganze Land aus. Es soll daher nachstehend erörtert werden, welche Entwicklungsmöglichkeiten für die hiesige Landwirtschaft in einer europäischen Agrarunion bestehen.

Wenn die schleswig-holsteinische Landwirtschaft in vielem vorbildlich ist, so können ihre Leistungen stellenweise doch noch gehoben werden. Es muß daher alles geschehen, *um die Leistungen zurückgebliebener Betriebe zu heben* und die Erzeugung aller Betriebe zu steigern, indem technische Fortschritte in genügendem Umfang angewendet werden. Die meisten Ansatzpunkte für eine erfolgreiche Unterstützung der Landwirtschaft liegen auf der Ertragsseite. In vielen Ländern sind heute die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse subventioniert oder manipuliert. In einem gemeinsamen europäischen Wirtschaftsraum ist dafür

wenig Raum, weil alle Länder wie ein einziges behandelt werden. Es werden andere Preisverhältnisse gelten, und es wird größter Anstrengungen der Bauern bedürfen, um sich durchzusetzen und jeden Fortschritt für sich nutzbar zu machen. Leider ist vielen Betriebsleitern im Bundesgebiet durch das Festpreissystem der letzten 25 Jahre das Gefühl dafür abhanden gekommen, daß das Gedeihen ihrer Betriebe in erster Linie von ihren eigenen Maßnahmen, nicht aber von staatlichen Eingriffen abhängt. Im Nachbarland Dänemark, das in einer europäischen Agrargemeinschaft als wichtiger Konkurrent Schleswig-Holsteins auftritt, haben die Bauern kaum staatliche Hilfe gehabt und sind seit Jahrzehnten auf sich selbst angewiesen. Sie haben sich trotzdem behauptet und haben einflußreiche Absatzorganisationen aufgebaut. Das verdanken sie nicht zuletzt einer *guten allgemeinen und fachlichen Bildung*. Sie haben sich zahlreiche Bildungsanstalten geschaffen, wobei das Vorbild für die erste Volkshochschule in Rödning offenbar auf eine Rendsburger höhere Bauernschule zurückgeht. Daraus sollten wir lernen, und es sollte bei uns Regel sein, daß jeder selbständige Kleinbauer mindestens eine landwirtschaftliche Schule, jeder mittlere Bauer eine höhere Landbauschule und jeder Großbauer und Großgrundbesitzer die Universität besucht hat. Von diesem Ziel sind wir noch weit entfernt, aber es sind aus dieser Erkenntnis in Schleswig-Holstein große Marshallplanmittel für das landwirtschaftliche Schulwesen eingesetzt. Kenntnisse und Wissen sind leichter in der Jugend in Bildungsstätten zu erlangen, als in späteren Lebensjahren durch eigenes Bemühen. Ein tieferer Einblick in wirtschaftspolitische und betriebstechnische Zusammenhänge, sowie ein sachliches Urteil zu den Ratschlägen von Wirtschaftsberatern verlangt ein gediegenes Wissen und ist mit Halbbildung nicht zu schaffen. Diejenigen Landwirte werden sich im friedlichen Wettbewerb der Völker am leichtesten durchsetzen, die die beste Fach- und Allgemeinbildung haben. Unter der schützenden Hand des Staates können sich heute Betriebsleiter mit mangelhaften Kenntnissen den technischen Fortschritten hemmend in den Weg stellen. In einer europäischen Staatengemeinschaft ohne Festpreise und ohne Subventionen für die Landwirtschaft müssen sie alles daransetzen, um leistungsfähig zu sein. Sonst „wandert der Boden zum besten Wirt“, und es gibt genug tüchtige Anwärter.

Eine der größten Sorgen der Bauern in Schleswig-Holstein ist der steigende *Mangel an unverheirateten Arbeitskräften*. Sie wenden sich zunehmend von der Landwirtschaft ab und sehen in ihr keine Aufstiegsmöglichkeiten. Der Lohn ist ihnen zu gering, und sie schätzen nicht die Aufsicht über ihr Privatleben. Bei Heiratsabsichten finden sie in den Gebieten der Geest und Marsch, aber auch anderswo keine Wohnungen, und so wandern sie in die Städte ab. Ihr Anteil an den familienfremden Arbeitskräften auf der Geest ist vor allem im Norden am größten. Hier ist nächst dem „Programm Nord“ der Bau von

Landarbeiterwohnungen am dringlichsten, um ständige, seßhafte Arbeitskräfte verfügbar zu haben. Es können mit gleichen Geldmitteln mehr Landarbeiterfamilien angesetzt werden als Bauern mit Maßnahmen der Bodenreform. Freilich ist die Zahl der in der Landwirtschaft tätigen Menschen begrenzt und wird durch die Mechanisierung der Betriebe weiter sinken. Wenn aber die Bauern gegenwärtig mehr jugendliche Knechte alljährlich aufnehmen, als dem tatsächlichen Nachwuchsbedarf entspricht (es handelt sich um einen Überschuß von jährlich etwa 700 Knechten, der wieder abwandern muß), so ist es verständlich, wenn die Jugend sich anderen Berufen zuwendet. Die hier tatsächlich bestehende ungesunde Struktur in der Landbevölkerung müßte vor allem im Norden schleunigst verbessert werden und eine der dringendsten Aufgaben des Staates sein.

Schleswig-Holstein gehört zu dem Gebiet Nordwesteuropas, in dem das *feuchtwarme ozeanische Klima* den Graswuchs begünstigt. In den Ebenen der fetten Marsch, in den mageren weiten Flächen der Geest und in dem fruchtbaren Hügelland des Ostens sind weite Grünlandflächen, die nur durch eine entsprechend starke Viehhaltung ausgenutzt werden können.

Gliederung der landwirtschaftlichen Nutzfläche in Schleswig-Holstein 1952

	1000 ha	v. H.
Ackerland	675,0	56,5
Gartenland	37,3	3,1
Wiesen	155,8	13,0
Weiden	321,3	26,9
Sonstige Flächen	5,9	0,5
	<hr/> 1 195,3	<hr/> 100,0

Wegen des hohen natürlichen Grünlandanteils wird in Schleswig-Holstein *viel Vieh* gehalten. Meistens wird das Rindvieh bevorzugt. Nur an der nordfriesischen Küste gibt es viele Schafe. Viele Bauern haben sich besonders der Zucht zugewandt, um leistungsstarke Tiere zu erhalten. Die erzielten Erfolge bei Pferden, Rindern und auch bei Schweinen gehören zu den hervorragendsten auf der ganzen Welt. Ein Zeichen der Anerkennung ist die ständige Ausfuhr Schleswig-Holsteins an hochwertigem, meist männlichen Zuchtvieh in das Bundesgebiet und in andere Länder. Sie würde durch eine europäische Agrarunion kaum behindert werden können. Das Wirken der Viehzüchter und der Zuchtverbände muß daher unterstützt werden. Das kann ideell geschehen durch Preise bei Tierschauen und öffentliche Anerkennung. Wirksamer sind finanzielle Beihilfen, etwa für das Halten von Vatertieren und für Besamungsvereine.

Auf den ausgedehnten natürlichen Grünlandflächen hat die *Rindviehhaltung* ihren

gegebenen Standort. Auf den schweren Marschböden ist von alters her die Fettweidemast zu Hause, und hier wird hochwertiges Schlachtvieh erzeugt. Ein großer Teil wird im Bundesgebiet abgesetzt. Um aber den gesamten Bedarf zu decken, wird außerdem Schlachtvieh aus Dänemark eingeführt. Es ist deshalb kaum zu befürchten, daß der Absatz durch eine europäische Agrarunion wesentlich gestört wird.

Meist wird das Rindvieh wegen der *Milcherzeugung* gehalten, und Schleswig-Holstein gehört zu den wichtigsten Butterlieferanten Europas. Es deckt im wesentlichen den Bedarf der Verbrauchszentren des Bundesgebiets und würde in einer europäischen Agrargemeinschaft im Wettbewerb mit Dänemark, Holland und der Schweiz stehen, die jetzt ihre überschüssigen Milcherzeugnisse hauptsächlich nach Großbritannien ausführen. Diese Länder achten streng darauf, daß nur hochwertigste Erzeugnisse an Butter und Käse auf den Markt kommen, weil minderwertige Ware eines Landes dessen Ruf untergräbt. In der Vergangenheit hat der Absatz hiesiger Butter wiederholt gestockt, weil die Verbraucher sich weitgehend mit der billigen Margarine begnügen. Um einen Butterüberschuß zu verhindern, wird versucht, den Trinkmilchverbrauch zu heben und durch Einlagerung von Butter im Sommer das wechselnde Angebot in den Jahreszeiten auszugleichen. In einer europäischen Gemeinschaft wird Schleswig-Holstein den Wettbewerb aushalten können, wenn es in seinem Bemühen nicht nachläßt, billige und gute Ware herauszustellen. Zu dem Zweck muß die Wirtschaftlichkeit der Milchviehhaltung ständig im Auge behalten werden. Die Leistungen aller Kühe müssen beobachtet und ihr Gesundheitszustand (Tuberkulose!) beaufsichtigt werden. Das Halten schlechter Kühe verteuert die Selbstkosten des Bauern, die aber unter den künftigen Wettbewerbsverhältnissen unter allen Umständen niedrig gehalten werden müssen. Dazu müssen ferner die *Molkereien* in Schleswig-Holstein modernisiert, und ihre Zahl muß zugunsten größerer Betriebe verringert werden. Vielfach werden Milchsammelstellen einzuschalten sein, um die Transportkosten zu vermindern. Die Molkereien müssen prüfen, ob sie nicht in vermehrtem Maße Kasein und Milchzucker, vielleicht auch Trockenmilch, kondensierte Milch oder andere Milcherzeugnisse herstellen können.

Die Magermilch wird, da ihre Verarbeitung zu Käse wenig Aussichten bietet, zum größten Teil an die Bauern zurückgegeben und an die Schweine verfüttert. Der Zwang, die Magermilch zu verwerten, begründet die hohe *Schweinehaltung* in Schleswig-Holstein. Sie ist oft stärker, als es für die Verwertung der selbsterzeugten Mastfuttermittel nötig wäre, und so stützt sie sich zum Teil auf ausländische Zufuhren. Eine bodenständige Schweinehaltung muß ihre Grundlage möglichst im eigenen Futter (Getreide oder Kartoffeln) finden. Sind die Getreide- (bzw. Kartoffel-)preise im Verhältnis zu Vieh- und Vieherzeugnissen

niedrig, so wird die Schweinehaltung verstärkt, im umgekehrten Falle verringert. Wenn dieses Anpassen im Hinblick auf den künftigen Absatz und Bedarf vor sich geht (Schweinezyklus!), so sind hierdurch keine Nachteile zu erwarten. Es ist allerdings in einer westeuropäischen Agrarunion schwieriger als in einem kleinen Gebiet, den Verlauf der Konjunktur vorauszusagen. In dessen besitzen Dänemark und die Niederlande, die hauptsächlichsten Länder mit einer Ausfuhr von Schweinen oder Schweinefleisch, ihr Absatzgebiet in England. Die dänischen Bauern beschränken zur Zeit ihre Schweinemast durch Verwendung von selbsterzeugtem Futter. Sie läßt sich aber zu jeder Zeit wieder ausweiten, und es ist möglich, daß ein etwaiger Überschuß in Deutschland abzusetzen versucht wird. Die *Geflügelhaltung* wird in Schleswig-Holstein meist stiefmütterlich behandelt. Wie das Beispiel Dänemarks zeigt, läßt sich aus ihr bei moderner Betriebsweise sehr wohl ein Ertrag erzielen. Sie kann auf Eierzeugung oder auf Mast von Jungtieren eingestellt werden. Bei ausreichenden fachlichen Kenntnissen vermag sie Kleinbetrieben – ähnlich wie Gemüsebau – eine gute Einnahmequelle zu bieten. Da eine abseitige Lage von geringerem Einfluß auf die Wirtschaftlichkeit ist als beim Gemüsebau, sollten besonders die Kleinbetriebe im Norden des Landes auf diese Erwerbsmöglichkeit achten. Das Angebot anderer Länder wird in einer europäischen Agrargemeinschaft kaum fühlbarer werden, als es ohnehin schon ist, und es ist nicht einzusehen, warum bei uns die Geflügelhaltung nicht eine ähnliche Rolle spielt, wie in vielen Betrieben Dänemarks.

Die ausgedehnten Grünlandflächen Schleswig-Holsteins, die sich nur durch den Viehmagen für die menschliche Ernährung nutzbar machen lassen, haben die Veredelungswirtschaft begründet, bei der das Gras durch den Viehmagen verwertet wird. In diese Wirtschaftsform ist der Ackerbau eingegliedert. Er muß für die Winterfütterung das Rau- und Saffutter liefern. Es ist unwahrscheinlich, daß der hierdurch bedingte Anbau an Getreide durch einen europäischen Zusammenschluß erheblich gestört werden könnte, weil die europäischen Länder – mit Ausnahme Frankreichs – Zuschußgebiete für Getreide aus Übersee sind. Um einen möglichst hohen Selbstversorgungsgrad zu erreichen, sollte möglichst viel Getreide gebaut werden. Indessen wird in den Veredelungswirtschaften Schleswig-Holsteins der Umfang des Getreidebaus nicht nur von dem Bedarf oder seiner Eignung als menschliches Nahrungsmittel, sondern vor allem vom Bedarf an Futterkorn für das vorhandene Spannvieh und vom Bedarf von Stroh für Futterzwecke und Einstreu in der Zeit der Stallhaltung bestimmt. Hierdurch wird zugleich die für einen erfolgreichen Ackerbau nötige Menge an Stalldünger (etwa 80 dz je ha) gewonnen. Eine große Viehhaltung erfordert höhere Mengen an Stroh für Streu und Futter. Man rechnet je Stück Großvieh bei Weidegang im Sommer im allgemeinen mit einem Bedarf von jährlich etwa 12 dz Rohfutter, das teils als Heu, teils als Stroh gegeben wird. Die Zusammensetzung schwankt und richtet

sich nach dem vorhandenen Grünland und den etwa verfügbaren Feldfutterflächen. Die Winterversorgung ist in den Jahren mit mittleren Ernten bei dem gegenwärtigen Getreidebau in Höhe von 368 000 ha ausreichend und nur bei schlechten Ernten knapp. Im Jahre 1948 konnte z. B. der dringendste Bedarf nur gerade gedeckt werden. Der Getreidebau darf demnach nicht wesentlich eingeschränkt werden, wenn nicht die Versorgung des jetzt vorhandenen Viehbestandes mit Rauhfutter in Frage gestellt werden soll.

Die Preise für das in ein vereinigtes Europa eingeführte Getreide werden sich den Einfuhrpreisen (z. Z. etwa 350 DM je t cif) anpassen. Es ist, solange das internationale Weizenabkommen besteht und in Europa Getreidemangel herrscht, unwahrscheinlich, daß der Getreidebau durch zu niedrige Preise gestört wird. Das ist selbst dann nicht der Fall, wenn bei niedrigen Getreidepreisen die Preise für Vieh und Vieherzeugnisse hoch sind und nur Getreide als Futter verwertet wird. Dann bleibt sein Anbau weiterhin lohnend. Wenn der Futtergetreidepreis ein Siebentel der Schweinepreise übersteigt, wird der Anbau von Futtergetreide unsicher. Dann wird der Getreidebau auf die Höhe des Strohbedarfs beschränkt. Hierbei wird Getreide mit langem Stroh und deswegen der Anbau von Roggen bevorzugt. Im großen und ganzen wird jedenfalls in Schleswig-Holstein der Getreidebau im gegenwärtigen Umfang aufrechtzuerhalten sein.

Ob dagegen der in den letzten Jahrzehnten künstlich durch Preisfestsetzungen gesteigerte *Anbau von Raps* bei fortdauernder Einfuhr tropischer Ölsaaten und tierischer Fette aufrecht zu erhalten sein wird, ist zum mindesten fraglich. Sobald die Preise nicht mehr gestützt werden, wird der Rapsbau unwirtschaftlich. Das ist für Gebiete mit sehr schweren Böden, wie sie in Ostholstein vorliegen, bedauerlich, weil der Raps fähig ist, das Unkraut zu unterdrücken und weil er eine sehr gute Vorfrucht für den nachfolgenden Weizen ist. Er ist in dieser Hinsicht den Hackfrüchten überlegen und unersetzlich. Aus diesen Gründen ist in Schleswig-Holstein selbst in preisungünstigen Jahren stets etwas Raps angebaut worden, und in Ostholstein bestand seit Jahrzehnten das wichtigste und einzige geschlossene Anbaugelände Deutschlands (1935/38: 6800 ha, 1950: 13 000 ha, 1952: 4700 ha). In Zukunft wird zu erwägen sein, inwieweit der Raps durch andere Früchte, etwa durch Hackfrüchte, ersetzt werden kann.

Der *Kartoffelanbau*, nach dem Kriege mehr als verdoppelt, ist seit 1948 wieder etwas zurückgegangen, aber immer noch viel höher als vorher. Die Kartoffeln mußten in der Reichsmarkzeit die zahlreiche Bevölkerung mit Grundnahrungsmitteln versorgen. Mit dem Eintritt normaler Wirtschaftsverhältnisse sank der Bedarf der Bevölkerung ab, und so ist der Rückgang erklärlich.

Anbau von Kartoffeln in Schleswig-Holstein

Jahr	Frühkartoffeln		Spätkartoffeln		Zusammen		davon anerkannte Saatgutfläc- hen 1000 ha
	1000 ha	Ernte je dz	1000 ha	Ernte je dz	1000 ha	Ernte je dz	
1935/39	—	123,3	—	176,6	37,6	173,5	—
1950	5,8	170,1	66,5	220,1	72,3	216,1	13,3
1951	5,0	159,1	59,9	211,2	64,9	207,2	9,8
1952	4,0	174,6	56,7	243,3	60,4	238,8	9,1

Kartoffeln eignen sich wegen ihres hohen Wassergehalts und ihrer Empfindlichkeit schlecht für weiten Versand; daher ist der internationale Handel mit Kartoffeln gering. Überschüsse an Kartoffeln gibt es in Westdeutschland nicht, auch nicht in Westeuropa. Eine Gefahr kann also dem deutschen Kartoffelbau durch Zufuhren aus anderen Ländern so leicht nicht entstehen. Soweit allerdings Kartoffeln verfüttert werden, kann durch die Einfuhr von billigem Futtergetreide aus Übersee oder von billigen Schweinen, wofür vorläufig die Voraussetzungen fehlen, dem westdeutschen Kartoffelbau diese Verwertungsmöglichkeit genommen werden. Die schleswig-holsteinische Landwirtschaft würde von dieser Entwicklung nicht allzu schwer betroffen werden können, weil hier leider wenig Kartoffeln verfüttert werden.

Bei einer europäischen Agrarunion wird allerdings der schleswig-holsteinische *Frühkartoffelbau* bedroht sein. Die Frühkartoffeln sind hier zu spät reif und kommen erst auf den Markt, wenn im Frühjahr die hohen Preise für die aus Italien und Holland stammenden Lieferungen an neuen Kartoffeln bereits abgesunken sind. Es muß damit gerechnet werden, daß dieser Wettbewerb den über den Eigenbedarf hinausgehenden heimischen Frühkartoffelbau unterdrückt. Glücklicherweise ist der Frühkartoffelbau nicht sehr umfangreich, so daß die Landwirtschaft nur stellenweise (im Einzugsgebiet Hamburgs) von dem Wettbewerb betroffen wird.

Auch den Anbau von *Spätkartoffeln* in Schleswig-Holstein würde eine europäische Agrargemeinschaft kaum beeinflussen können. Dazu sind die Verwendungsmöglichkeiten zu vielseitig. Sie dienen zur menschlichen Ernährung, als Futter (besonders für Schweine), als Saatgut, als Rohstoff für Stärkegewinnung und schließlich als Rohstoff für Spiritusgewinnung. Die Erträge liegen für Schleswig-Holstein bei über 200 dz je ha und entsprechen einer Getreidemenge von über 50 dz. Sie begünstigen besonders den Anbau auf der Geest. Die Betriebsweise ist daher stärker als vor dem Kriege dem Kartoffelbau zugewandt. Bis dahin wurden vorwiegend Eßkartoffeln gebaut. Ein Verfüttern an Schweine war wenig üblich und findet auch jetzt nicht in erwünschtem Umfang

statt.

Seitdem Pommern als Erzeuger von *Saatkartoffeln* weggefallen ist, wurde im übrigen Bundesgebiet der Anbau von Saatkartoffeln aufgenommen. Schleswig-Holstein war hieran 1952 etwa mit 10 v. H. beteiligt, obgleich es für den Anbau besonders begünstigt ist. Leider ist der Saatkartoffelbau infolge von Absatzschwierigkeiten wieder im Abnehmen, der Anteil allerdings im Steigen. Es macht sich teilweise die fruchtungünstige Lage des Landes, besonders des Nordens, bemerkbar. Aber die Bauern der Geest haben sich zu Erzeugergemeinschaften zusammengeschlossen, die sich um den Absatz bemühen. Sie sind bestrebt, eine gleichmäßige, gut sortierte und ausgelesene Ware anzubieten. Um den Anbau stärker im Lande zu verwurzeln, wäre zu wünschen, daß diese Erzeugergemeinschaften sich der Zucht neuer Sorten zuwenden. Sie erfordert jedoch den Einsatz größerer Mittel, die in einzelnen Bauernbetrieben nicht aufzubringen sind. Geeignete Großbetriebe gibt es auf der Geest nicht. So kann eine Zucht nur von genossenschaftlichen Unternehmen oder von Saatzuchtanstalten vorgenommen werden. Letztere würden vor allem für die nördliche schleswig-holsteinische Geest wichtig sein, um diesem vernachlässigten Landstrich einen wirtschaftlichen Auftrieb zu geben.

Die in den letzten Jahren in Harrislee errichtete *Stärkefabrik* ist als genossenschaftliche Einrichtung für die Stabilität des Kartoffelbaus von größter Bedeutung, weil sich die einzelnen Genossen zu einem bestimmten Anbau verpflichtet haben. Die Fabrik stellt Sago und andere Stärkeerzeugnisse her, und ihr Bestand dürfte auch in einem europäischen Wirtschaftsraum gesichert sein.

Weniger günstig sind die Zukunftsaussichten der *Brennerei* in Klappschau zu beurteilen, die in Privatbesitz ist und sich auf Lieferungsverträge mit den Bauern stützt. Wohl ist sie unter dem gegenwärtigen Branntweinmonopolssystem rentabel. Ob das bei dem zu erwartenden neuen Branntweingesetz noch der Fall sein wird, ist fraglich. Daher muß die Landwirtschaft stets damit rechnen, daß die Verwertungsmöglichkeit der Kartoffeln in der Brennerei fortfällt. Sie wäre weit günstiger ausgefallen, wenn eine genossenschaftliche Brennerei eingerichtet wäre, weil die Bauern dann die Schlempe nicht zurückzukaufen brauchten.

Die *Rübenanbaufläche* ist seit der Vorkriegszeit von 54 000 ha auf 71 000 ha gestiegen. Die Zunahme beruht etwa je zur Hälfte auf einem erhöhten Anbau von Futterrüben und von Zuckerrüben. Der Bau einer zweiten *Zuckerfabrik* in Schleswig, neben der bereits in St. Michaelisdonn bestehenden, dürfte den Anbau von Zuckerrüben besonders im Gebiet nördlich der Eider begünstigen. Vermutlich wird er zum Teil an die Stelle des Futterrübenbaus treten. Denn die Futterversorgung wird durch den Übergang zum Zuckerrübenbau nicht wesentlich geschmälert, weil Zuckerrübenköpfe und -blätter, ferner die zurückgegebenen Schnitzel die Futterrüben weitgehend ersetzen können. Bisher war der

Zuckerrübenbau des Landes behindert, weil die Entfernung vom Norden bis zu der nächsten Zuckerfabrik in St. Michaelisdonn und aus Ostholstein ebenfalls nach Ülzen hin zu weit war. Freilich wurden in den letzten Jahren Frachtermäßigungen gegeben und Frachtzuschüsse gezahlt. Indessen sind solche Maßnahmen nur Behelfe, da sie zu jeder Zeit widerrufen werden können. Die Erzeugung von Zucker aus Zuckerrüben dürfte auch in einer europäischen Agrarunion lohnend sein. Viele Länder brauchen einen Zuschuß, und es ist nicht damit zu rechnen, daß der Absatz erschwert wird, es sei denn, daß billigerer Zuckerrohrzucker eingeführt wird. Ein Hemmnis für den Zuckerrübenbau könnte allerdings aus Mangel an Arbeitskräften entstehen. Da der Anbau viel Handarbeit erfordert, so ist es verständlich, daß die Zunahme des Rübenbaus mit der Zeit zusammenfällt, in der das Land von Flüchtlingen überfüllt war. In Zukunft können bei dem jetzt schon stellenweise einsetzenden Mangel an Arbeitskräften Schwierigkeiten bei der Pflege der Rüben auftreten, die nicht immer durch technische Hilfsmittel zu beheben sein werden. Ob in einer europäischen Agrarunion wieder Wanderarbeiter, etwa aus Italien oder Spanien, zu uns kommen, ist im höchsten Grade unsicher und auf die Dauer nicht erwünscht.

Der in der Kriegs- und Nachkriegszeit sehr gestiegene *Gemüsebau* in Schleswig-Holstein ist seit 1948 (20 700 ha) stark zurückgegangen, und er hat heute etwa den Vorkriegsumfang von etwa 8000 ha erreicht.

Die größten Anbauflächen für Feldgemüse liegen in Dithmarschen, in den Elbmarschen und in Oldenburg. Aus Ostholstein werden besonders Erbsen und Bohnen für Braunschweiger Konservenfabriken geliefert. In den Kleinbetrieben der Umgegend Glückstadts wird Gemüse jeder Art gebaut, das nach Hamburg geht. Die Dithmarscher Anbaugelände von Weißkohl sind seit Jahrzehnten durch ihren Versand bis nach Süddeutschland bekannt. Der übrige Anbau von Feldgemüse in der Umgebung größerer Städte ist meist für örtlichen Verbrauch bestimmt. Seit 1949 stört das Angebot von Gemüse aus Holland und Italien den heimischen Absatz. Bei Gemüsearten, die eine längere Beförderung nicht vertragen oder nicht lohnen (Salat, Radieschen, Spinat), wird allerdings der Anbau durch Einfuhren wenig beeinflusst. Jedoch wird Edelgemüse, das im südlichen Klima gedeiht, wie Tomaten, Blumenkohl u. a., bereits zu einer Zeit angeboten, in der hiesiges Gemüse noch längst nicht verfügbar ist. Bei uns wird daher der feldmäßige Anbau dieser Gemüsearten in einer Agrarunion schwer im bisherigen Umfang aufrecht zu erhalten sein. Es liegt z. B. der italienische Ausfuhrpreis für Tomaten bei 25 Pfennig, der deutsche Erzeugerpreis bei 1 DM je kg. Bislang hat der deutsche Tomatenbau sich vielfach durch ansprechendere Ware in der Haupterntezeit halten können. Aber die italienischen sind einige Monate vor den unsrigen reif. Stets sind die Erzeugungskosten im Süden niedriger, weil günstigere Anbaubedingungen bestehen und die Arbeitskräfte dort sehr reichlich und billiger

sind. Nur wenige Gemüsearten, wie Weißkohl und Rotkohl, gedeihen im nördlichen ozeanischen Klima am besten; daher werden sie vorzugsweise zwischen Dänemark und Nordfrankreich angebaut.

Die *niederländische Konkurrenz* ist für manche Gemüsearten nicht unüberwindbar, wenn es gelingt, bei uns gleichwertige Absatzorganisationen aufzubauen. Den Verkaufsorganisationen der Veilinge und Genossenschaften hat die deutsche Landwirtschaft nichts Gleichwertiges entgegenzustellen. Es wird viel Gemüse unter Glas gezogen und viel Edelgemüse erzeugt. Das ist in Deutschland nur in geringem Maße der Fall. Der holländische Wettbewerb wird jedoch den deutschen Feldgemüsebau weiterhin stark beeinflussen. Bereits im Jahre 1949 war der Absatz vieler Erzeugnisse, wie z. B. von Pflückerbsen, zu ausreichenden Preisen sehr erschwert, und ihr Anbau ist bereits im Jahre 1950 um über 1000 ha zurückgegangen. Der Anbau vieler Gemüsearten wird dort besonders schwinden, wo er im letzten Jahrzehnt aus Konjunkturgründen aufgenommen wurde. Bis jetzt bietet auch das *Tiefkühlgemüse* keine guten Absatzmöglichkeiten; denn es fehlen beim Kleinhändler die Kühleinrichtungen. Das Vorhandensein einer „Kühlkette“ ist aber Vorbedingung für den Absatz. In Schleswig-Holstein sind die Aussichten für den Gemüsebau im Anbaugebiet um Glückstadt am günstigsten. Viele Erzeugnisse werden mit Kähnen nach Hamburg gebracht und dort abgesetzt. Es sind dort meist Familienbetriebe. Sie sind selten auf fremde Arbeitskräfte angewiesen, und die Bauern besitzen hier besondere Erfahrungen im Anbau von Gemüse, auch unter Glas. Infolgedessen wird das Gebiet sich gegen die holländische Konkurrenz auf dem Hamburger Markt behaupten können.

Im bekanntesten und größten Anbaugebiet für Feldgemüse, in Dithmarschen, wird in der Hauptsache Spät-Weißkohl angebaut. Die klimatische Lage wirkt günstig auf Wachstum, Geschmack und Haltbarkeit. Der Kohl bildet feste Köpfe und bringt gute Erträge. Diese guten Eigenschaften haben ihn in den großen Verbrauchsgebieten Deutschlands beliebt gemacht, und der Dithmarscher Kohl hat fast überall gute Abnehmer. Besonders Sauerkrautfabriken schätzen und verwenden den Dithmarscher Spätkohl. In anderen Gebieten gebauter Kohl ist selten gleichwertig, und die Erträge sind dort meist erheblich niedriger. Daher lohnt sich der Anbau in Dithmarschen besser als anderswo. Von der gesamten Kohlernte geht etwa 2/3 nach Gebieten außerhalb Schleswig-Holsteins. Um den Absatz zu heben und zu sichern, haben die Bauern in Dithmarschen eine Verkaufsorganisation eingerichtet. Sie besitzen meistens für die Lagerung besondere Kohlscheunen. Durch gute Sortierung nach der Kopfgröße bemühen sie sich, eine standardisierte Ware bereitzustellen. Das Saatgut wird durch sorgfältige Auswahl gewonnen.

Ob das, was außer Weißkohl in den letzten Jahren an sonstigem Gemüse in Dithmarschen angebaut wurde, Bestand haben wird, ist nicht vorauszusagen.

Durch das Vorhandensein einer Verkaufsorganisation ist es sehr viel leichter, dem holländischen Wettbewerb standzuhalten. Trotzdem werden in Bedarfsgebieten, die Holland näherliegen (Ruhrgebiet), Absatzschwierigkeiten für hiesiges Gemüse zu befürchten sein. Es dürfte sich die verkehrsfere Lage Schleswig-Holsteins geltendmachen, durch die bis zu entfernten Verbrauchsorten hohe Frachten anfallen. Wenn z.B. für Weißkohl bis München eine Fracht von 2 DM je dz zu zahlen ist, so ist ein Absatz von Dithmarschen aus unwirtschaftlich.

Solche das ganze Bundesgebiet angehende Entfernungseinflüsse benachteiligen in zahlreichen Fällen besonders den Norden Schleswig-Holsteins, in dem bisher nur stellenweise und vorübergehend in größerem Umfang Gemüse gebaut worden ist. So hat z. B. der Erdbeerbau dieses Gebietes keinen Teil an den hohen Preisen, die für die ersten Erdbeeren gezahlt werden, weil im Norden ihre Reife erst in die Zeit der Hochreife des Hamburger Gebietes fällt und der Hamburger Markt für die Preise in Flensburg maßgebend ist.

Einige landwirtschaftliche Betriebe Schleswig-Holsteins haben nach dem Kriege den *Anbau von Gemüsesamen* in größerem Umfang aufgenommen. Nach einem Steigen der Anbaufläche auf etwa 5000 ha im Jahre 1949 wurden 1952 nur noch etwa 250 ha für Gemüsesamen in Anspruch genommen. Meistens hatten die Landwirte Anbauverträge mit großen Samenfirmen abgeschlossen, die sich heute anderswo eindecken. Der Absatz der hiesigen Sämereien hat sich zunehmend verschlechtert. Die Zucht von Gemüsesamen ist in Schleswig-Holstein noch zu jung, um den Wettbewerb mit anderen Ländern auszuhalten. Es ist daher unwahrscheinlich, daß der Samenbau in stärkerem Maße wieder auflebt, es sei denn, daß sich genossenschaftliche Saatzuchtbetriebe entwickeln. Etwas günstiger liegen die Verhältnisse für den Kohlrübensamenbau. In Angeln wurde bisher etwa 80 v. H. des Bedarfs des Bundesgebietes erzeugt.

In Schleswig-Holstein dient der *Obstbau* meist dem eigenen Verbrauch. Im nördlichen Gebiet, auf der Geest und in Nordfriesland, ist er sehr gering. In Angeln entstehen in obstreichen Jahren einige Überschüsse an Äpfeln, die aber durchweg auf dem Markt der benachbarten Städte Absatz finden. Im südlichen Teil Angelns sind einige Ansätze vorhanden, um den Obstbau auszudehnen und als Hauptfrucht zu nutzen. Ein Überschußgebiet besteht nur in dem einzigen größeren geschlossenen Obstbaugbiet, in der Elbmarsch, südwestlich Elmshorn, in der Seestermüher Marsch. Hier haben durchweg alle Bauern einige Hektar mit Obstbäumen angepflanzt. Um den Absatz zu heben, haben sie sich genossenschaftlich zusammengeschlossen, und es werden Qualitätsäpfel in Standardpackungen auf den Markt gebracht. In modernen Lagerhäusern kann das Winterobst gelagert werden. Der Obstbau ist hier in der Lage, mit anderen europäischen Anbaugebieten – auch bei erheblichem Absinken der Preise – den Wettbewerb aufzunehmen.

In zunehmendem Maße ist in den letzten Jahren von einzelnen Landwirten der Anbau von *Blumenzwiebeln* aufgenommen worden. Die Ansätze, die in Angeln, Nordfriesland, Fehmarn, Dithmarschen und im Gebiet Elmshorn-Glückstadt gemacht sind, sind für die breite Praxis ohne Bedeutung. Es ist fraglich, ob diese Kulturen größeren Erfolg haben werden. Bereits 1949 machte sich die holländische Konkurrenz unangenehm bemerkbar. Schnittblumen (Tulpen, Narzissen) waren nur schwer abzusetzen, weil z. B. in Hamburg holländische Blumen billiger und in besserer Aufmachung angeboten wurden.

Anders verhält es sich mit dem *Baumschulengebiet* um Halstenbek. Von hier aus werden nicht nur deutsche, sondern auch zahlreiche ausländische Forstbezirke mit jungen Pflanzen versorgt. Es ist anzunehmen, daß dieses Gebiet seine Bedeutung behalten wird und in einer europäischen Agrarunion seinen Absatz verbessern kann.

Obwohl das *Grünland* die schleswig-holsteinische Viehhaltung sehr begünstigt hat, ist es doch ein Stiefkind der Landwirtschaft geblieben. Die vorhandenen *Weiden* werden meistens nicht genügend ausgenutzt, und in manchen Jahren herrscht eine ungeheure Futtermittelverschwendung. Eine neuzeitliche Bewirtschaftung, bei der größere Flächen unterteilt werden, die nacheinander vom Vieh beweidet werden (Umtriebsweide), ist selten. Es könnten große Flächen erspart oder mehr Vieh aufgetrieben werden, besonders, wenn die vorhandenen Weiden reichlich Handelsdünger erhalten würden.

Die *Wiesen* leiden in vielen Gebieten des Landes unter der Gefahr der Versumpfung. Es geschieht zur Regelung der Wasserwirtschaft bereits sehr viel, besonders in den Marschen und im Eidergebiet. Nächstens sollen durch das „*Programm Nord*“ 100 000 ha ertragsarmes und versumpftes Land in den Niederungen der nördlichen Kreise in Kultur gebracht werden, so daß die Futterquellen auf den Wiesen gesichert werden. Dadurch wird mehr Vieh gehalten werden können, oder es wird Ackerland durch Fortfall von Ackerfutterflächen für andere Früchte frei. Die Maßnahmen werden besonders wirtschaftlich schwache Betriebe sichern und dem dünnbesiedelten Gebiet der nördlichen Geest einen Auftrieb geben.

Allerdings müssen dazu auch die weiteren im *Programm Nord* vorgesehenen Maßnahmen durchgeführt werden, durch die das Ackerland durch Windschutzanlagen vor Verwehungen geschützt, der Streubesitz beseitigt und das Gebiet verkehrsmäßig erschlossen werden soll. Um die Erträge der Geest auch in Trockenzeiten zu sichern, sollten die Abwässer der größeren Städte, die jetzt ins Meer geleitet werden oder Bäche und Flüsse verschmutzen, nutzbar gemacht werden. Sie enthalten beachtliche Nährstoffmengen, die durch eine Verrieselung (nicht Überstauung!) den armen Böden der Geest zugutekommen könnten. Hier würden sie zu einem fühlbaren wirtschaftlichen Aufschwung

beitragen. Zugleich würde damit den Städten eine große Sorge abgenommen, denen die Beseitigung der Abwässer große Kosten verursacht.

In vorstehenden Ausführungen ist vorwiegend die Ertragsseite der Landwirtschaft behandelt worden, aber nichts über Neulandgewinnung, über die Problematik der Siedlung, über die Verwendung von Handelsdünger, über die Versorgung mit Arbeitskräften, über Mechanisierungsmöglichkeiten der Landwirtschaft, über das Verhältnis der Landwirtschaft zur gewerblichen Wirtschaft, über Ausbau des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens u. a. m. gesagt worden, obwohl auch sie von einer europäischen Gemeinschaft beeinflusst werden. Einige Punkte werden von einer wirtschaftlichen Zusammenfassung kaum berührt und andere greifen allzu tief in andere Wirtschaftsgebiete und in politische Fragen hinein, um sie im vorliegenden Zusammenhang einigermaßen gründlich erörtern zu können. Die europäische Agrargemeinschaft ist nur ein Teil einer wirtschaftlichen Integration Europas. Wir wissen nicht, ob und wann sie etwa zustande kommt. Vorher müssen noch mancherlei andere wichtige Angelegenheiten (Währungsvereinheitlichung, Freizügigkeit u. a.) geklärt werden. Aber wenn die beteiligten Länder nur den Zusammenschluß ernsthaft wollen, wird über diese Fragen eine Einigung erreicht. Sie wollen nicht ein in sich autarkes westeuropäisches Gebiet gründen und sich abschließen, sondern der Welthandel soll aufrecht erhalten werden. Aber es sollen zugleich die vorhandenen natürlichen und wirtschaftlichen Kräfte aktiviert werden. Natürliche Standorte sollen begünstigt und Absatzmöglichkeiten für alle gesteigert werden. Die Angebote der einzelnen Länder sollen sich gegenseitig ergänzen. In dieses System paßt auch das Land Schleswig-Holstein hinein. Es ist daher in vorstehenden Ausführungen versucht worden, die Wirkungen herauszuarbeiten, die in der schleswig-holsteinischen Landwirtschaft erwartet werden können. Es ist unausbleiblich, daß ihr Gefüge beeinflusst wird. Die Folgen werden nicht so tiefgreifend sein, daß daraus für die Bauern eine wirtschaftliche Gefahr zu werden droht. Es hat vielmehr den Anschein, daß die schleswig-holsteinische Landwirtschaft ihre Stellung in den Grundzügen behaupten wird. Allerdings wird ihr nichts geschenkt werden, und die Bauern müssen verstehen, sich der Wirtschaftslage anzupassen. Dazu gehört ein hoher Bildungsstand, ein ausreichendes Wissen und ein gutes Können. Dieses wird es ihnen möglich machen, die Zukunft ihrer Höfe zu sichern.

Landwirtschaftliche Zusammenarbeit über die Grenze

Probleme der dänischen Landwirtschaft

Studienreisen, nicht nur in der engeren und weiteren Umgebung im eigenen Lande, sondern auch über die Grenzen hinweg, sind ein Zeichen unserer Zeit. Ob sie dazu beitragen werden, die Landwirtschaft verschiedener Staaten einander näherzubringen, eine landwirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa zu fördern und einzuleiten?

Der „Landwirtschaftliche Hauptverein für Nordschleswig“, die Organisation der deutschen Bauern nördlich der Grenze, war in diesem Jahr mit 150 nordschleswigschen Landwirten mit Frauen auf einer Studienfahrt zur Ausstellung der „Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft“ in Köln und im Rheinland und mit 400 Teilnehmern auf einer zweitägigen Fahrt durch Holstein. Umgekehrt kommen vom Süden aus Schleswig-Holstein, aber auch aus Hannover und anderen deutschen Bundesländern, sowie aus Österreich viele Reisegesellschaften zu uns, die hier in Nordschleswig, aber auch in Zusammenarbeit zwischen uns und dänischen landwirtschaftlichen Organisationen und Beratern in andern Gegenden des Landes die landwirtschaftlichen Verhältnisse kennenlernen. So wurden in den letzten Jahren jährlich viele Hunderte von deutschen Besuchern nördlich der Grenze von uns betreut.

Es kommt darauf an, daß der Besucher in einem andern Lande die Verhältnisse vorurteilslos betrachtet und wirklich zu ergründen versucht, warum es so ist und warum es anders ist als zu Hause. Man darf nicht alles nur mit der eigenen Brille Perspektive sehen. Imponierende Leistungen und gute wirtschaftliche Verhältnisse soll man nie ohne weiteres als Ergebnis besonders günstiger Voraussetzungen betrachten. Sie sind im Gegenteil oft die Folge einer harten Notwendigkeit; oft stand hier gerade härteste Konkurrenz und Not Pate, und sie waren oft Haupttriebkraft des Fortschritts und der Entwicklung. Umgekehrt soll man bei geringen Leistungen und ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnissen nicht immer gleich auf Rückständigkeit oder schlechtere Ausbildung schließen. Es kann ganz andere Gründe haben. Äußere Umstände können so bestimmend sein, daß sie die Entfaltung der Tüchtigkeit und den Fortschritt unmöglich machen.

Auf einer Studienfahrt durch Dänemark stellt der ausländische Besucher schnell fest, daß hier auch nur mit Wasser gekocht wird. Es ist durchaus nicht alles so mustergültig und so in Ordnung, wie man es wünschen möchte oder wie man es

sich vorgestellt hatte. Aber trotz dieser Einschränkung liegt das allgemeine Leistungsniveau recht hoch und recht gleichmäßig.

Die Leistungen der dänischen Landwirtschaft werden nicht erreicht mit Hilfe besonders günstiger Preisverhältnisse, sondern trotzdem dauernd schwer um die Ökonomie der Produktion und den Absatz der Erzeugnisse gerungen werden muß und trotz eines hohen allgemeinen Lebensstandards des ganzen Volkes, der in Form von hohen Löhnen und Steuern auch wieder von der Landwirtschaft bezahlt werden muß. Es sei hier auf einige Voraussetzungen hingewiesen, die das allgemeine Leistungsniveau bedingen und erklären:

1. Ein durch Generationen auf unsern Höfen geleisteter fleißiger und zäher Einsatz unserer bäuerlichen Familien selber, der heute bei immer stärker werdendem Mangel an Arbeitskräften beinahe bis zur Aufopferung für den Betrieb ausartet.
2. Eine starke Ausnutzung der modernen Hilfsmittel, die Wissenschaft und Technik heute zur Verfügung stellen, aber mit sehr genauer rechnerischer Durchdringung aller Maßnahmen im Betriebe, so daß mit möglichst geringem Aufwand viel erreicht wird, also wirklich *rationell* gewirtschaftet wird.
3. Die Zusammenarbeit der Landwirte unter sich in einem starken Genossenschaftswesen, das die Voraussetzung dafür schafft, daß Standardwaren höchster Qualität auf den Markt gebracht werden können.

Nicht zum wenigsten in den letzten Jahren hat eine Rationalisierung der dänischen Landwirtschaft stattgefunden, die fremden Besuchern imponieren muß und ihnen vor allem auch Anregungen für ihre eigenen Verhältnisse geben kann. Während die Produktion der dänischen Landwirtschaft auf allen Gebieten in den letzten Jahren höher lag als vor dem Kriege (und zwar etwa 15 bis 20%), wurde der Import an Futterstoffen und Korn immer kleiner. Die Getreideeinfuhr von 730 000 Tons in den Jahren vor dem letzten Kriege ging immer mehr zurück, so daß Dänemark in diesem Jahre Selbstversorger mit Getreide geworden ist. Dabei ist der Schweinebestand heute etwa 1/3 größer als vor dem Kriege. Und gleichzeitig ging die Zahl der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft von etwa 310 000 im Jahre 1939 auf 214 000 im Jahre 1950, also um beinahe ein Drittel, zurück. Es hat also eine absolute Steigerung der Produktion und eine sehr starke Steigerung der Produktion je Arbeitskraft stattgefunden. Gleichzeitig ist eine recht erhebliche Umlegung auf die wirtschaftseigene Futtergrundlage erfolgt.

Von den Mitteln, die zu dieser Entwicklung und Rationalisierung geführt haben, seien nur einige erwähnt. Sie umfassen einen Komplex von Problemen, die in der Aufklärungs- und Beratungsarbeit immer wieder behandelt und an den aufgeschlossenen dänischen Bauern herangebracht wurden.

Höhere Ernten durch verstärkte Nährstoffzufuhr; Kunstdünger ist unter allen Betriebsmitteln verhältnismäßig am billigsten. Die Verdopplung der

Stickstoffanwendung und Verdreifachung des Kaliverbrauchs gegen die Zeit vor dem Kriege hat sich günstig ausgewirkt in höheren Erträgen und verbesserter Ökonomie.

Höhere Ernten sind auch durch unkrautfreiere Felder erzielt; die Anwendung von Hormonmitteln zur Unkrautbekämpfung ist ganz allgemein geworden.

Bessere Futtergrundlage durch Anbau gehaltreicher Rüben und durch Silierung von Rübenblatt. Kraffutterersparnis durch Anwendung von Silage in der Milchviehfütterung, Kornersparnis durch Anwendung von Zuckerrüben und Kartoffeln im Schweinestall. Senkung des Futtermittelsverbrauchs durch Verbesserung der Stallverhältnisse (Isolation und Ventilation im Schweinestall).

Mechanisierung hat produktionsmäßig den Rückgang an Arbeitskräften aus gleichen können. Heute werden etwa 38 000 Traktoren in etwa 206 000 Betrieben gezählt, fast 10mal so viele wie nach dem Kriege. Dazu kommt aber die große Zahl von Betrieben, die von andern Traktorbesitzern gelegentlich Traktorarbeit ausführen läßt, sodaß heute fast 50% der Betriebe in Dänemark Arbeiten mit Traktorkraft ausführen lassen. – Melkmaschinen sind besonders stark verbreitet, in vielen Gegenden in allen Betrieben mit mehr als 5 bis 6 Kühen. – Der Mähdrescher ist erst im Kommen; im Vorjahre arbeiteten in Dänemark 700 bis 800. Hier muß vor allem die Frage der Korntrocknung noch näher geklärt werden.

Die Beschaffung der notwendigen Arbeitskraft ist das brennende Problem geworden. Wenn sich trotz Anzeigen in allen Zeitungen, trotz höchster Löhne keine Bewerber melden, wenn in der Nähe auch keine lose Arbeitskraft zu bekommen ist, dann kann dies Problem direkt zu einer Not werden. Zur Behebung versucht der einzelne zu modernisieren, zu mechanisieren, den Betrieb oder die Hauswirtschaft umzugestalten. Sehr einfache Betriebsorganisation, Beschränkung des Hackfruchtbaus, Verzicht auf Zwischenfruchtbau, auf Weideeinteilung u. a. sind die Auswirkung, kurz: eine arbeitsexensive Betriebsführung, die Entwicklung zum amerikanischen Ein-Mann-Betrieb. Trotz größerer Mechanisierungs- und Rationalisierungsmöglichkeiten im größeren Betrieb führt das andererseits aber auch zu Vorteilen für die kleineren Betriebe, für unsere Siedlungsbetriebe (Husmandsstellen) von 6 bis 10 ha und für die kleineren Bauernhöfe mit dem entscheidenden Einsatz der Familie.

Im Hause führt das zu einer immer stärkeren Verstärkung des Haushaltes. Ohne Hilfe im Hause wird man oft gezwungen, ledige Arbeitskräfte mit Verpflegung auf dem Hofe ganz aufzugeben. Genossenschaftswäschereien, Gefrieranlagen u. ä. sind Mittel, um die Arbeit zu vereinfachen, bzw. sie überhaupt zu schaffen.

Ältere Leute können natürlich am schwersten mit solcher Entwicklung fertig werden. Sie werden oft direkt gezwungen, zu verpachten und jüngeren Kräften das Feld zu räumen. Es drohen sich hier Verhältnisse zu entwickeln, die über die Kräfte des einzelnen hinausgehen, an deren vernünftiger Lösung schließlich die

Allgemeinheit interessiert sein muß. – Um so unverständlicher ist es, daß es nicht möglich ist, junge Leute aus Deutschland zur weiteren Ausbildung in der Landwirtschaft nördlich der Grenze unterzubringen. Es melden sich immer wieder junge Landwirte, die sich hier in guten Betrieben ausbilden und ertüchtigen möchten. Es melden sich hier die Betriebe zu Dutzenden, für die diese Hilfe Rettung aus schwerer Sorge und Not wäre. Aber es kann nicht genehmigt werden, weil es im Lande noch Arbeitslose gibt. Es ist unverständlich, daß diese Angelegenheit von den Fachvereinen bestimmt wird, die vielleicht Lohndrückerei befürchten, und daß man sie zu einer politischen Grenzfrage machte, indem man dänischen Südschleswigern Ausnahmebestimmungen gab. Hier wäre doch gerade ein Ansatzpunkt zur Überwindung der Grenze und zur landwirtschaftlichen Annäherung im beiderseitigen Interesse.

Ein aktuelles Problem, das Sorgen bereiten muß, ist das rapide Ansteigen der Steuern in den letzten Jahren. Es ist auch anderswo so; aber es ist in Dänemark auch nicht besser. Das kann es, bei hohem Lebensstandard, bester sozialer Versorgung, auf die man „von der Wiege bis zum Grabe“ wohl mit Recht stolz sein kann, starker Bautätigkeit in den letzten Jahren mit großer staatlicher Anleiheverbilligung und immer steigenden Ansprüchen an den Staat, gar nicht sein. Das alles muß bezahlt werden, durch Steuern bezahlt werden, und nicht zum mindesten vom tragenden Erwerb, der Landwirtschaft, aufgebracht werden. Hier sollen keine zahlenmäßigen Vergleiche angestellt werden; hier wie dort braucht der Staat Geld, und überall nimmt er es, wo er eine Steuerquelle findet, und sehr oft entgegen den wirtschaftlichen Interessen und der Entwicklung auf längere Sicht.

Um 1930 war die Verschuldung das Hauptproblem der dänischen Landwirtschaft. Weil die Zinsen nicht aufgebracht werden konnten, mußten viele Bauern von ihren Höfen gehen. Eine sich nach und nach entwickelnde Schuldenabschreibung und Sanierung, in Verbindung mit besseren Absatz- und Preisverhältnissen vor dem Kriege, brachte die große Landwirtschaftskrise zum Abklingen. Heute redet man nicht mehr von den Schulden, sie drücken nicht mehr; aber sie sind in den meisten Betrieben noch da. Sie sind auch in den recht guten Jahren für die Landwirtschaft nicht weniger geworden. Im Gegenteil, die Mechanisierung ist auf Kosten der Liquidität und bei zunehmender Verschuldung erfolgt. – Seit der großen Krise haben jetzt bei fast ununterbrochen aufwärts gehender Konjunktur die Optimisten immer recht gehabt. Wir scheinen jetzt den Höhepunkt der Preise überschritten zu haben. Man wird deshalb auch bei uns in Zukunft klug daran tun, vorsichtig zu disponieren und auch die finanzielle Sicherung stärker zu beachten.

Etwa 70% der landwirtschaftlichen Erzeugung in Dänemark werden exportiert. Der heimische Markt ist also nicht preisbestimmend; entscheidend sind Absatz- und Preismöglichkeiten auf dem Weltmarkt. Überall muß man aber hier mit andern, oft

viel billiger produzierenden Ländern, die von Natur oder billigerem Lohnniveau begünstigt sind, konkurrieren, und auf vielen Märkten muß man sich mit Zöllen und anderen Einfuhrschwernissen und -verteuerungen auseinandersetzen. Das führt dazu, daß das Preisniveau hier im allgemeinen ungünstiger liegt als in den Nachbarländern und zwingt dazu, daß man, um überhaupt Absatz zu finden, Qualitätserzeugnisse und Standardwaren anbieten muß.

Ein besonders eindrucksvolles Bild der unterschiedlichen Preisverhältnisse ergibt sich aus einer in einem FAO-Bericht (Genf, Juli 1952) veröffentlichten Aufstellung:

Kaufkraft von 100kg Weizen für Mineraldünger (in kg Reinnährstoffe) 1951/52

	Stickstoff	Phosphorsäure	Kali
Dänemark	26	42	95
Deutschland	42	78	189

Erzeugerpreise je 100 kg landwirtschaftlicher Produkte in Dollars 1951/52

	Weizen	Kartoffeln	Rinder	Schweine	Milch	Eier
Dänemark	7,53	3,04	28,96	50,68	5,21	54,30
Deutschland	10,48	2,62	36,91	54,76	6,31	82,14

Eine ganz besonders beachtliche Leistung im Hinblick auf die Verbesserung der Qualität unserer Erzeugnisse ist die völlige Ausmerzung der Rindertuberkulose aus den dänischen Viehbeständen. Das bedeutet schon sehr viel für die rationellste Produktion, kann aber auch ausschlaggebend werden für den Absatz unserer Produkte in den kommenden Jahren. Das Problem der Tbc-Bereinigung lag hier nicht einfacher als anderswo; die Landwirtschaft selber erkannte aber seine Bedeutung, packte es an, brachte es immer wieder heran an den einzelnen Bauern. Und in der Zusammenarbeit untereinander, der Praxis mit der Wissenschaft und den Tierärzten gelang es, die Aufgabe überraschend schnell zu lösen. Das ist ein Musterbeispiel für das, was man durch zielbewußten Einsatz und Zusammenarbeit aller Interessierten auf freiwilliger Grundlage erreichen kann. Es sollte Ansporn sein für andere Länder, denselben Weg zu beschreiten.

Nach der Ausmerzung der Tbc hat sich die dänische Landwirtschaft neuen Aufgaben auf diesem Gebiete zugewandt und ist jetzt schon sehr weit auf dem Wege der Bekämpfung des seuchenhaften Verwerfens. Hierbei können die bei der Tbc-Bekämpfung gemachten Erfahrungen und der hierfür verwandte Organisationsapparat ausgenutzt werden, so daß man auch hier in kürzerer Frist hofft, „reines“ Land melden zu können.

Die Erzeugung kann sich nicht nach dem eigenen Geschmack richten;

bestimmend sind die Ansprüche und Wünsche des Absatzmarktes. Das typische Beispiel dafür, wie der Markt formt, ist das dänische Baconschwein mit seiner besonderen Länge, seiner Fleisch-Fett-Verteilung und seinem geringen „Abfall“. Es stellt eine durch ganz konsequente Zuchtauslese erzielte große züchterische Leistung dar und ist ein stolzes Ergebnis enger Zusammenarbeit aller Landwirte. Ohne die Zusammenarbeit in den dänischen Genossenschaften wäre die heutige Stellung der dänischen Landwirtschaft gar nicht denkbar. Sie schafft bei Bacon und Butter die Standardware und hohe Qualität, und neuerdings – erst nach diesem Kriege – ist sie auf den wesentlichen Gebieten auch ganz bis zum Absatz durchgeführt. Genossenschaftsbildungen zur Lösung von neuen Aufgaben, die der einzelne nicht meistert, – um billiger zu produzieren, gleichmäßiger und besser, um Absatz zu finden, um die finanzielle Grundlage zu schaffen –, sind auch heute aktuell und der Weg, der immer wieder beschritten wird. Das bedeutet nach unseren Erfahrungen nicht Aufgeben bäuerlicher Selbständigkeit, sondern erst die Möglichkeit, sich als freier Mann auf eigener Scholle zu behaupten. Bäuerliche Zusammenarbeit von Land zu Land muß das Mittel werden, um die großen Probleme unserer Tage einer glücklichen Lösung zuzuführen. Dazu können wir uns durch besseres Kennen- und Verstehenlernen, gegenseitiges Studium der Verhältnisse und gegenseitige Anregungen und Impulse viel bessere Voraussetzungen schaffen, als es bisher der Fall war. Das muß Aufgabe und Zweck landwirtschaftlicher Studienreisen über die Grenzen sein. Ein sich ergänzendes und zusammenarbeitendes, gesundes Bauerntum in Europa wird nicht nur die wirtschaftlichen, sondern gleichzeitig auch die politischen Probleme der Zukunft mit lösen können.

Aus der Arbeit des Grenzfriedensbundes

Jahresbericht 1952/53

Es ist nach dem Eingehen der „Grenzfriedensbriefe“ der verständliche Wunsch laut geworden, wir möchten gelegentlich die Mitglieder und Freunde unseres Bundes über die Entwicklung der Arbeit auch weiterhin orientieren. Wir halten es darum für angebracht, einiges aus dem in der letzten Jahresversammlung erstatteten Bericht zur Kenntnis zu geben.

1. Die anderen Grenzverbände und wir

Immer wieder werden uns im Lande Bedenken gegen die Vielzahl der Grenzverbände vorgetragen. Es wissen allmählich alle, daß nebeneinander bestehen: der „Schleswig-Holsteinische Heimatbund“, der „Verein für deutsche Kultur im Grenzlande“, die „Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig“ und der „Bund für deutsche Friedensarbeit im Grenzlande (Grenzfriedensbund)“, auch, daß dazu gekommen ist der „Grenzpolitische Rat“, und daß die ersten vier überdacht werden vom Grenzausschuß, der im wesentlichen aus den Vorsitzenden dieser Verbände besteht und für die gegenseitige Abstimmung ihrer Tätigkeit sorgen soll. Dem Grenzfriedensbund ist die soziale Einzelbetreuung im südschleswigschen Raum zugewiesen worden, dazu die grenzpolitische Aufklärung in den ihr nahestehenden Kreisen.

Es ist klar, daß eine strenge Aufgliederung der nationalen Arbeit an sich unmöglich ist und daß oft eines in das andere hinübergreift, daß es darum viel mehr auf zielstrebige Zusammenarbeit der Verbände ankommt als auf kleinliche Beachtung der Zuständigkeit. Wir dürfen mit Befriedigung feststellen, daß diese Zusammenarbeit sich im Laufe des letzten Jahres erfreulich weiterentwickelt hat. Und wir sind der Meinung, daß solche Zusammenarbeit sich nicht durch die oft geforderte Zentralisierung ersetzen läßt.

Dabei sind die Ansichten über das Geschehen im Grenzlande und über die Verhaltensweisen ihnen gegenüber so schattiert, daß sich auch in unseren Reihen manchmal verschiedene Meinungen erst zusammenfinden müssen. Andererseits gibt es in den anderen Verbänden viele, die unsere Arbeit und Haltung aufrichtig begrüßen. Das alles kann die Arbeit nur fördern. Das Entscheidende ist darum nicht, daß wir möglichst viele Mitglieder werben, sondern daß wir möglichst viele auf ihre Stellung zum Volk ansprechen, sie zum Nachdenken anregen und an die

Pflichten gegenüber der Volksgemeinschaft erinnern, daß ferner wir alle aus dem gefühlsmäßigen Vorurteil gegenüber dem, was sich bei uns ereignet hat, herauskommen und zu einer nüchternen Beurteilung und gewissenhaft gebundenen Haltung uns durchringen.

Ich darf darauf aufmerksam machen, daß die Auswirkung des Grenzfriedensbundes an der Zahl der Mitglieder allein nicht gemessen werden kann. Man hat uns anfangs als lästige Eindringlinge empfunden und als blauäugige Anfänger, die nur den dänischen Bestrebungen bei der Festigung ihrer seit 1945 errungenen Stellung Handlangerdienste leisten würden. Das hat sich in den vergangenen drei Jahren geändert. Man hat uns nicht nur in die Arbeit eingereicht, sondern weithin auch unsere Arbeitsrichtung anerkannt und unsere Grenzlandschau übernommen. Überall spricht man heute von Grenzfrieden und Befriedung, von Grenzarbeit statt Grenzkampf und von der Vordringlichkeit der sozialen Aufgaben als Grundlage für eine gesunde Lösung der volklichen Ordnung in Südschleswig.

Auch die neue Regelung der Minderheiten-Vertretung in Bonn entspricht der Linie, die der Grenzfriedensbund von Anfang an vertreten hat.

2. Unsere Betreuungsarbeit

Wir haben im letzten Jahre etwa 3800 Anträge von Schülern und Jugendlichen bearbeitet und ihnen die Teilnahme an Schul- und Kulturveranstaltungen ermöglicht, die ihnen sonst nicht zugänglich gewesen wären.

Wir haben durch Vermittlung der Arbeiterwohlfahrt und anderer Verbände in vielen Familien Not lindern können und vergaßen dabei nicht, daß wir eine grenzpolitische Organisation sind, und an diejenigen zu denken haben, die auf Grund der Not in Gefahr stehen, ihr deutsches Volk aufzugeben.

Wir wissen wohl, daß unsere Hilfe nur ein Tropfen ist auf dem heißen Stein und daß der nationale Ausgleich auf gesinnungsmäßiger Grundlage erst kommen kann, wenn der Lebensstandard des Arbeiters, des Rentners und des Unterstützungsempfängers sich dem in Dänemark angeglichen hat. Aber wir haben die Erfahrung gemacht, daß auch die kleinste Hilfe oft erfreuliche Sicherheit bringt.

Trotz der grundsätzlichen Beschränkung auf Einzelbetreuung soll nicht unerwähnt bleiben, daß wir auch die allgemeinen Voraussetzungen für Besserung der sozialen Verhältnisse nicht aus dem Auge ließen. Durch eindringliche Hinweise veranlaßt, haben wir den Stationen der Gemeindegewestern bei der Aufstockung ihrer Ausrüstung geholfen und für die Einrichtung des Müttererholungsheims in Keitum und für den Bau des Jugendgewerkschaftsheims in Eckernförde Mittel bereitgestellt.

Die Aufklärungs- und Schulungsarbeit des Vorjahrs wurde fortgesetzt, wengleich

wir die Lehrgänge für Vertreter der Arbeiterschaft noch nicht wieder aufnehmen konnten, weil anderes vordringlich wurde. In Flensburg wurde in enger Zusammenarbeit mit dem Ortsausschuß des DGB eine zweite Vortragsreihe durchgeführt, auf der die folgenden Herren sprachen: Wilhelm Käber, Landesminister a. D., Kiel „Kommunalpolitische Arbeit als Aufgabe der Demokratie“; Oberbürgermeister Sörensen, Kopenhagen „Kommunale Arbeit in Dänemark“; Stadtkämmerer Josef Strobel, Flensburg „Finanzielle Sicherung der kommunalen Arbeit“; Landesminister a. D. Walter Damm, Kiel „Wohnungsbau als kommunale Aufgabe“; Stadtpräsident Thomas Andresen, Flensburg „Kommunale Aufgaben in der Stadt Flensburg“; Bibliotheksrat Dr. Johannsen, Flensburg „Kulturaufgaben in der Gemeinde“.

Wir hoffen, im nächsten Winter eine dritte Reihe durchführen zu können.

Daneben haben wir hin und her im Lande uns bemüht, das Interesse für die Fragen des Grenzlandes und die Arbeit des Grenzfriedensbundes zu wecken, auch in Holstein. Mehr als hundert weitere Vorträge wurden gehalten vor Lehrer und anderen Gewerkschaften, vor Frauenvereinen, Jugendgruppen, Volkshochschulen und auch vor kleineren Ortsgruppen der SPD. Es war bemerkenswert, daß wir an mehreren Orten mehrmals sprechen mußten, so dreimal in Preetz und zweimal in Geesthacht, freilich nirgends siebenmal wie im vorigen Jahre in Heide, immerhin im Kreise Süderdithmarschen achtmal.

Es handelt sich bei dem Interesse im Holsteinischen fast immer darum, daß man einen Ausweg sehen will aus der Verbissenheit des Grenzkampfes und eine Entwicklung hinein in einen großen, europäischen, wenn nicht gar weltweiten Zusammenhang. Es ist der Weg, den wir im Grenzfriedensbund wollen, und es scheint, daß Holstein von dieser Seite her sich dem Grenzlande wieder zuwendet. Das schleswig-holsteinische Bewußtsein des vorigen Jahrhunderts hat sich zuerst in Holstein gezeigt und entwickelt. Holstein war die Rückenstärkung des schleswigschen Deutschtums und das Bindeglied zwischen ihm und dem deutschen Volk. Andererseits hat sich in Holstein immer ein Gefühl gewisser Verbundenheit mit dem dänischen Nachbarvolk gezeigt. Ungezählte holsteinische Adels-, Bürger- und Bauernfamilien sind im Laufe der Zeiten nach dem Norden gezogen und im dänischen Volke aufgegangen. Überall fühlt man sich vom Norden angezogen, wo man noch um diese oder andere Verbindungen weiß. Wir können an der Grenze heute ebensowenig wie einst diesen doppelten Rückhalt im Holsteinischen entbehren und sollten die Bindestriche zwischen den beiden Herzogtümern in diesen Tagen deutlicher ziehen als je. Das aktive Interesse der Holsteiner wird uns helfen, bei den kleinlichen Reibereien des Tages das größere Ziel nicht aus dem Auge zu verlieren.

Von verschiedenen Themen wurde in der Regel die programmatische Auseinandersetzung gewünscht. Die Aufmerksamkeit für das von den Dänen

immer wieder betonte Selbstbestimmungsrecht der Völker schwindet rapide mit dem Abstand von der Grenze.

3. *Dänische Angriffe*

Die Arbeit der letzten Hälfte des Berichtsjahres stand stark unter dem Einfluß heftiger Angriffe, die die dänische Presse des Grenzlandes und des Königreichs gegen den Grenzfriedensbund eröffnete.

Wir hatten zu Weihnachten an die deutschen Schulleiter der Orte mit dänischen Schulen das folgende vertrauliche Schreiben gerichtet:

„Wir gestatten uns, Sie darauf aufmerksam zu machen, daß dem Grenzfriedensbund Mittel zur Verfügung stehen für die Unterstützung bedürftiger und evtl. national gefährdeter Familien im Grenzlande. Wir denken dabei besonders an die Orte mit dänischen Schulen und an solche, wo die Gründung dänischer Schulen beabsichtigt ist. Wir möchten, ohne den einzelnen in seiner Entscheidung zu beeinflussen, verhindern, daß jemand aus Not sein Volkstum aufgibt. Wir bitten Sie höflichst, uns in dieser Arbeit zu helfen und uns auf Familien aufmerksam zu machen, für die eine Unterstützung angebracht ist und wären Ihnen dankbar, wenn Sie die Betreuung übernehmen würden.

Für Ihren Bezirk können wir zu Weihnachten etwa DM zur Verfügung stellen. Leider ist das sehr wenig. Wir hoffen aber, im nächsten Jahr mehr tun zu können.“

Durch ein Versehen der Post gelangte das Schreiben auch in die Hände eines dänischen Schulleiters und wurde sofort der dänischen Presse übergeben, die es für so wichtig ansah, daß es im ganzen Königreich veröffentlicht wurde. „Der Grenzfriedensbund versucht Kinder aus dänischen Schulen herauszukaufen“, „Belohnung für Eltern, die ihre Kinder aus dänischen Schulen ausmelden“, „Bruch der Kieler Erklärung“, so und ähnlich lauteten die Schlagzeilen.

Wir hatten ein gutes Gewissen, hatten ausdrücklich betont, daß wir nur an Familien denken, die aus wirtschaftlicher Not in Gefahr kommen, ihr deutsches Volkstum aufzugeben, haben ausdrücklich betont, daß wir niemanden in seiner Entscheidung beeinflussen wollen, ausdrücklich auch davor gewarnt, irgendwem irgendwelche Versprechungen zu machen, auch, wenn er sich mit dem Gedanken trage, seinen Schritt ins andere Volk wieder rückgängig zu machen. Wir glaubten darum, zu den sinnlosen Angriffen schweigen zu können. Als sie sich aber immer aufs neue wiederholten und der dänische Grenzverein eine Beschwerde bei der Landesregierung einreichte, trotzdem wir der Presse verschiedene Richtigstellungen zugeleitet hatten, veröffentlichten wir zuletzt den folgenden Bericht über unsere Vorstandssitzung am 15. Mai dieses Jahres:

„Der Vorstand des Grenzfriedensbundes nahm am Freitag vergangener Woche in einer Sondersitzung noch einmal eingehend Stellung zu den Angriffen der

dänischen Presse und zur Resolution des dänischen Schulvereins. Er billigte in allen Punkten die von seinem Geschäftsführer herausgegebene Erklärung und stellt noch einmal ausdrücklich fest, daß in Volkstumsfragen jedem einzelnen die freie Entscheidung unbehindert zu belassen sei und daß er die Beeinflussung durch materielle Vorteile ablehne. Da aber die materielle Not es gewesen ist, die unzählige Südschleswiger in die dänischen Vereine getrieben hat und da diese Not noch heute nicht behoben sei, könne er die soziale Betreuung der in ihrem Volksgefühl unsicher gewordenen Schichten nicht aufgeben. Was er auf Grund der unzulänglichen Mittel tun könne, sei freilich nur ein Tropfen auf den heißen Stein und halte in keiner Weise einen Vergleich aus mit den Vorteilen, die durch die Zugehörigkeit zu den dänischen Organisationen gegeben seien. Von einer freien Entscheidung zwischen Volk und Volk könne solange keine Rede sein, als nicht alle Südschleswiger in Brot und Arbeit ständen und solange die Renten und Unterstützungen der Kranken und Alten und der Witwen und Waisen unzulänglich seien ...

Der Vorstand nahm noch einmal entschieden Abstand von allen Versuchen, durch Versprechungen materieller Art Kinder aus dänischen Schulen in deutsche herüberzuziehen. Er macht andererseits kein Hehl daraus, daß Dokumente vorliegen, die den Beweis enthalten, daß von dänischer Seite diese Zurückhaltung nicht geübt wird. Er ist sich aber mit führenden dänischen Persönlichkeiten darin einig, daß auch die besten Absichten sich nicht immer bis in letzte Situationen durchsetzen können. Es muß auf beiden Seiten der aufrichtige Wille vorhanden sein, die Aufgaben des Grenzlandes einer anständigen Lösung zuzuführen. Vertrauensbruch, Verletzung des Briefgeheimnisses und persönliche Verdächtigungen sind dafür kein günstiger Ausgangspunkt.“

Ich habe dann noch im „Nordschleswiger“, der Zeitung der deutschen Volksgruppe jenseits der Grenze, die in weiten Kreisen Dänemarks gelesen wird, einen Aufsatz über „Kinderkauf und Seelenhandel“ geschrieben und da die Dinge richtigzustellen versucht, weiter andere Aufsätze dem dänischen „Højskoleblad“ und der dänischen „Grænsevagt“, die uns geschmäht hatten, zugesandt und um Veröffentlichung gebeten. Ich habe nicht erfahren, ob man dieser Bitte nachgekommen ist.

Der Grenzfriedensbund ist dabei in aller Munde gekommen. Manche unserer dänischen Freunde mögen stutzig geworden sein unter dem Eindruck der einseitigen Darstellung. Andere aber haben unsere Haltung als einwandfrei und selbstverständlich anerkannt. Ich glaube jedoch, daß des Schreibens um diese Sache nun genug getan ist und daß wir im Bewußtsein unseres guten Gewissens auf dem eingeschlagenen Wege ruhig weitergehen können.

Wir haben die Pflicht, alle Hemmungen zu beseitigen, die dem Innewerden der Zugehörigkeit zum Volk im Wege stehen. Wir müssen denen helfen, die in der Not

sich von der Gemeinschaft verlassen glaubten. Auch der ärmste Sohn muß das Gefühl haben dürfen, daß er nicht preisgegeben ist, und muß wissen, daß ein irreführtes, niedergeschlagenes und mißhandeltes Volk sich wieder sammeln und sich auf seinen Weg und auf die Pflichten gegenüber seinen Gliedern wieder besinnen kann. Darum sollen auch die, die in der Panik der Kapitulationszeit den Kopf verloren und auf die andere Seite traten, uns willkommen sein, wenn sie wieder zu uns gehören wollen. Die Entscheidung aber liegt bei ihnen allein. Die Sozialbeihilfen waren aber nicht der einzige Stein des Anstoßes. Kaum hatten die immer wieder aufgewühlten Wogen der Empörung sich etwas beruhigt, als ein Neues sie in Wallung brachte.

Wir hatten in Flensburg und an anderen Orten für Kinder, die aus dänischen Schulen zurückkehrten, besondere Förderstunden veranlaßt, um ihnen das Einleben und Wiedereinleben im neuen Kreise möglichst zu erleichtern. Die Verschiedenartigkeit der Lehrpläne und der Unterrichtsart an deutschen und an dänischen Schulen bringt es mit sich, daß der Übergang von der einen zur anderen mit Schwierigkeiten verbunden ist. Unsere deutschen Lehrer haben von sich aus durchweg schon getan, was geschehen muß, um den Verhältnissen gerecht zu werden. Uns schien aber eine planmäßige Ordnung der Angelegenheit und eine entsprechende Entschädigung für die notwendigen Privatstunden angebracht, und darum haben wir das Erforderliche in die Wege geleitet. Wieder geriet dabei ein Brief in falsche Hände, und wieder wurde er in der Presse veröffentlicht, freilich erst, nachdem er dem richtigen Empfänger durch den falschen wieder ausgehändigt worden war.

Es war kein Unglück. Denn wir halten den von uns ins Werk gesetzten Förderunterricht für so selbstverständlich, daß wir uns nicht vorstellen können, daß dänische Lehrer anders handeln, wenn deutsche Kinder zu ihnen kommen. Trotzdem regte man sich auf. Das Ganze ist aber ein Zeichen für die Unaufrichtigkeit und Ungeradheit der ganzen Lage, die zu beseitigen uns ernstes Anliegen ist. Erfreulicherweise wissen wir uns auch dabei verstanden und unterstützt von einem großen Teil dänischer Kreise in Südschleswig und in Dänemark.

Völker sind Lebewesen und wollen wie jeder andere Organismus sich erhalten, entfalten und wachsen. Wo sie sich begegnen, setzt naturnotwendig das Ringen um beste Lebensmöglichkeiten ein. Jedes individuelle Leben stört die Ordnung der Welt und ist darum letzten Endes im Hebbelschen Sinne tragisch. Leben kann nur dadurch am Leben erhalten werden, daß anderes Leben geopfert wird. Andererseits kann es nur dann sich entfalten, wenn anderes sich dafür einsetzt. Menschen und Völker leben von den Diensten, die sie sich gegenseitig erweisen. Europa zittert scheinbar davor, diese Tatsache zur Grundlage einer neuen Zukunft zu machen. Wir wissen aber, daß die Entscheidung schon gefallen ist und daß

man in die Primitivität gegenseitiger Ausrottung und Unterdrückung nicht mehr zurückkann. Damit wird freilich das Ringen um beste Lebensentwicklung nicht aufhören. Jahrhundertlang leben z. B. in der Schweizer Eidgenossenschaft vier Nationen in gewollter Verträglichkeit nebeneinander. Sie sind zu einer festen Staatsgemeinschaft zusammengewachsen und trotzdem voll volklicher Spannungen. Spannung aber ist die Voraussetzung für Kraftentwicklung, Leistung und Leben überhaupt.

Grenzfrieden im deutsch-dänischen Raum bedeutet nicht Ausgleich und Auslöschen, sondern Fruchtbarmachung des Unterschieds zwischen Deutsch und Dänisch im Dienste der Entwicklung beider. Nicht, daß wir in der Auseinandersetzung mit unsern Partnern und Gegnern hart aneinandergeraten, fürchten wir, sondern daß man darüber den letzten Sinn des Zusammenlebens aus dem Auge verliert. Das Ringen der Völker in unserem Lande wird und soll nie aufhören, sondern sie zu Leistungen anspornen, die sie über sich selbst hinausführen.

So können die Erfolge des ausgegangenen Jahres sowohl wie die Ärgerlichkeiten, die es brachte, uns in dem Glauben an die Dringlichkeit unserer Aufgabe nur stärken.

Die Grenzfriedenshefte werden herausgegeben vom Grenzfriedensbund (Bund für deutsche Friedensarbeit im Grenzlande) • Für die mit Autorennamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser allein verantwortlich • Geschäftsstelle: Husum, Woldsenstraße 1 • Alle Anfragen nach dorthin erbeten

Druck: Christian Wolff, Graphische Betriebe GmbH., Flensburg.